

Die Rechtsanwälte von Dr.Nihat Sargin, Vonsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP), und Haydar Kutlu Generalsekretär der TBKP gaben am 23.4.1990 bekannt-dass Dr.Sargin nicht mehr laufen kann, und Kutlus Blutdruck 40/90 beträgt.

ERKLAERUNG DER ZENTRALEN LEITUNG DER TBKP

SARGIN, VORSITZENDER UNSERER PARTEI, UND KUTLU, GENARALSEKRETAER UNSERER PARTEI SIND SEIT 19 TAGEN IM TODESFASTEN.

WIR APPELLIEREN AN DEN STAATS PRAESIDENTEN, DEN MINISTERPRAESIDENTEN, AN DIE MITGLIEDER DER REGIERUNG, AN DIE POLITISCHEN PARTEIEN, AN DIE ABGEORDNETEN DES PARLEMENTS UND AN DIE ÖFFENTLICHKEIT.

WIR, MITGLIEDER DER TBKP, UND ALLE DEMOKRATISCHEN KRAEFTE HABEN FÜR EINE POLITISCHE LÖSUNG ALLES UNTERNOMMEN. DIESES PROBLEM GEHT NICHT NUR DIE KOMMUNISTEN UND DIE DEMOKRATISCHEN KRAEFTE AN. DAS IST EIN PROBLEM DER TÜRKEI, EIN PROBLEM IHRER ZUKUNFT.

JEDE PERSON, DIE DEN WUNSCH HAT DASS DIE TÜRKEI ALS EINE MODERNE GESELLSCHAFT IHREN EHRENWÜRDIGEN PLATZ IN DER SICH ERNEUERNDEN WELT EINNIMMT, VERLANGT EINE LÖSUNG.

EINE DRINGENDE LÖSUNG IST NOTWENDIG.

MORGEN WIRD ZU SPAET SEIN.

DER STAATSPRAESIDENT, DER MINISTERPRAESIDENT, DIE REGIERUNG, DAS PARLAMENT UND DIE POLITISCHEN PARTEIEN TRAGEN EINE GROSSE VERANTWORTUNG.

DIE REGIERUNG MUSS DER ÖFFENTLICHKEIT BEKANNTGEBEN, DASS DAS VERBOT ÜBER DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI AUFGEHOBEN WIRD, UND DASS SARGIN UND KUTLU FREIGELASSEN WERDEN.

DASS MUSS EINE ÜBERZEUGENDE ERKLAERUNG SEIN.

DIE ERKLAERUNG MUSS SEHR BALD KOMMEN.

MORGEN WIRD SEHR SPAET SEIN.

24.APRIL.1990 04.00 UHR

ÖLÜM ORUCUNDAKİ BU İKİ İNSANI UNUTMA!



ÖZGÜR, DEMOKRATİK, YASAKSIZ BİR TÜRKİYE: BU HASRET BİZİM.....

Ankara Merkez Kapalı Cezaevi'nde 141-142. maddelerden tutuklu bulunan TBKP Genel Başkanı Nihat Sargin ve Genel Sekreteri Haydar Kutlu 6 Nisan '90' dan beri süresiz açlık grevindeler. Biri 64, diğeri 46 yaşında olan ve 29 aydır hiçbir hukuki gerekçe kalmadığı halde tutuklulukları süren bu iki insan şimdi yaşamları pahasına direnmektedirler;

- **çünkü**, ülkemiz Türkiye'de yasaklar hala sürmekte, insan hakları çiğnenmektedir.
- **çünkü**, hayat pahalılığı olağanüstü tırmanırken, emekçilerin hak istemleri bastırılmaktadır.
- **çünkü**, ülkemizin sorunları, özellikle kürt sorunu askersel-polisiye yöntemlerle çözülmeye çalışılmakta, Doğu'da ilan edilmemiş savaş sürmektedir.
- **çünkü**, terör tırmandırılmakta, ülkemizin yüz akı olan insanlar şiddete kurban edilmektedir.
- **çünkü**, 142-142-163 gibi antidemokratik yasalar yüzünden binlerce yurtsever cezaevinde ya da sürgünde sürünmekte, politik haklarını kullanamamakta ancak bu maddelerin kaldırılması konusu hükümet tarafından defalarca verilen sözlere rağmen sürüncemede bırakılmaktadır.
- **çünkü**, cezaevleri ağzına kadar doludur, tutuklamalar, hukuk-dışı yargılamalar, işkenceler şiddetlenerek sürmektedir.

Kısacası, ülkemizde demokratik gelişmenin önü yasaklar ve tabular ile örülmüştür. Son gelişmeler 12 Eylül'ün ilk günlerini hatırlatmakta, hızla katılımcı bir demokrasiye geçilemezse ülkemizi ciddi tehlikeler beklemektedir.

Bu iki insanın haklı direnişi hepimizin özlemi olan özgür, demokratik, barışçıl, insan haklarına saygılı bir Türkiye'nin yaratılmasına katkıda bulunmak içindir.

GELİN, TÜRKİYE'DE TÜM POLİTİK TUTUKLULARIN SERBEST BIRAKILMASI VE 141-142-163. MADDELERİN KALDIRILMASI İÇİN SARGIN VE KUTLU'YA DESTEK OLALIM!

DEMOKRASI VE ÖZGÜRLÜK İÇİN YASAK DUVARLARINI ONLARLA BİRLİKTE YIKALIM!

Sargin ve Kutlu ile
Dayanışma Girişimi

DENKE AN DIESE BEIDEN MENSCHEN, DIE SICH IM TODESFASTEN BEFINDEN!

Nihat Sargin, der Vorsitzende und Haydar Kutlu, Generalsekretär der TBKP-Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei-, die seit nun über 29 Monaten in dem Zentralgefängnis von Ankara Inhaftiert sind, traten am 6. April 1990 in einen unbefristeten Hungerstreik. Die beiden Politiker werden vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) wegen der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches angeklagt. Diese zwei Menschen, die 64 und 46 Jahre alt sind, leisten jetzt gegen ihre Inhaftierung, die auf keine rechtliche Grundlage beruht, mit ihrem Leben Widerstand.

- denn in unserem Land, in der Türkei sind Verbote und Menschenverletzungen weiterhin an der Tagesordnung.
- denn der Lebensunterhalt ist für die Bevölkerung nicht mehr ertragbar, die Forderungen und die Rechte der Erwerbstätigen werden unterdrückt.
- denn man versucht die Probleme unseres Landes, insbesondere die kurdische Nationalfrage mit Militär- und Polizeimaßnahmen zu lösen im Osten des Landes wird ein inoffizieller Krieg gegen die Bevölkerung geführt.
- denn der Terrorzustand wird erneut an den Tagespunkt der Türkei gesetzt und Menschen werden dem Gewalt ausgesetzt.
- denn Tausende von Patrioten sind wegen der antidemokratischen Paragraphen wie 141, 142 und 163 im Gefängnis, unter schweren Lebensbedingungen im Exil und können ihre politischen Rechte nicht wahrnehmen, jedoch wird die Frage der Abschaffung der Paragraphen 141, 142 und 163 hinausgezögert.
- denn die Gefängnisse sind überfüllt, Verhaftungen, rechtswidrige Anklagen Prozesse und Folterungen sind weiterhin in einer verschärften Art und Weise an der Tagesordnung.

Kurzum die angestrebte Demokratisierungsprozess der Demokratie in unserem Land, in der Türkei wird mit Verboten und Tabus, die uns an die ersten Tage des Militärputsches am 12. September 1980 erinnern, verhindert.

Falls der Übergang zu einer pluralistischen Demokratie nicht gelingt wird unser Land mit ernststen Gefahren konfrontiert sein.

Dieser gerechte Widerstand ist ein Beitrag zur Schaffung einer freien demokratischen und friedlichen Türkei wo Menschenrechte geschützt werden.

LASST UNS FÜR DIE FREILASSUNG SARGIN, KUTLU UND ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI UND ABSCHAFFUNG DER PARAGRAPHEN 141-142-163 EINSETZEN!
LASST UNS FÜR DIE DEMOKRATIE UND FREIHEIT KÄMPFEN UND DIE MAUER DER VERBOTE GEMEINSAM ABBAUEN!

Solidaritätsinitiative mit
Sargin und Kutlu

WAS KÖNNEN SIE TUN ?

Sie können Protestschreiben schicken an:

-Turgut Özal
Cumhurbaşkanı
Ankara-Türkei
-Yıldırım Akbulut
Başbakan
Bakanlıklar
Ankara-Türkei

Um Ihre Unterstützung und Solidarität auszudrücken, schreiben Sie bitte an:

Dr. Nihat Sargin ve Haydar Kutlu
Merkez Kapalı Cezaevi
Ulucanlar, Ankara
TÜRKEI

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie eine Kopie von Ihren Schreiben an uns als Information schicken würden.

pressezentrale einheit
b e m
 unity press centre

MOLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: 49 203 340395, TELEFAX: 49 203 339229 (BRD)
 6 STOKES NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XN, TELEPHONE/FAX: 44 1 923 1982 (U K)
 BÜRO ADIMLAR, DONAU STR. 104, 1 BERLIN 44, TELEFON: 4930 6876554, FAX: 4930 6876019

ERKLÄRUNG AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

von

NIHAT SARGIN (Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen
 Partei der Türkei-TBKP) UND

HAYDAR KUTLU (Generalsekretär der Vereinigten Kommunistischen
 Partei der Türkei-TBKP)

Wir treten ab heute in dem unbefristeten Hungerstreik, ins
 Todesfasten. Mit unserer Aktion wollen wir auf die heraufbeschwörenden
 Gefahren gegen die Demokratisierung aufzeigen und unsere Aufgabe ,
 die Öffentlichkeit davor zu warnen, verwirklichen. Unser Todesfasten
 wird bis zur Aufhebung des Verbots auf der Kommunistischen Partei
 mit gesetzlichen Regelungen der Paragraphen 141, 142 und 163. oder
 bis zur Entstehung eindeutiger Zeichen dafür oder/und bis zur
 unseren Freilassung, in dem wir bessere Voraussetzungen für unseren
 Kampf haben werden, andauern.

Die Gründe für unseren Entschluss sind der Zustand unseres Landes
 und die Bedingungen, in dem wir uns befinden.

Im einer Zeit, wo die Welt sich erstmals nicht durch den Krieg,
 sondern im Frieden umgestaltet, wird in der Türkei versucht, die
 Hoffnungen für die Lösung der elementaren Probleme auf der Grundlage
 der Menschenrechte, auf dem friedlichen und demokratischen Wege,
 zu schwächen.

Weil man gegen die Mauern der Verbote und der Tabus nicht mit
 konsequenter Entschlossenheit vorgehen kann, versuchen diejenigen, die
 die Lösung der Probleme des Landes immer noch in den anachronistischen
 Massnahmen des kalten Krieges, in den militärischen und polizeilichen
 Massnahmen und in der traditionellen Politik der Unterdrückung und
 des Schweigens sehen, den Fortschritt zu verhindern.

Man versucht erneut den Terror heraufzubeschwören. Im Osten des
 Landes wird ein inoffizieller Krieg geführt. Die kurdische Frage,

Zuletzt wollen wir unterstreichen, dass das Heilmittel des Terrors nicht weniger sondern mehr Demokratie, nicht die Verletzung der Menschenrechte, sondern deren uneingeschränkte Verwirklichung sind.

Wir werden mit unserer menschlichen Würde, unserer Überzeugung für Demokratie und unserem bürgerlichen Bewusstsein Widerstand leisten.

Wir sind sicher, dass unser Volk und die demokratische Öffentlichkeit auch dieses Mal uns verstehen und unterstützen werden.

Wir wissen es und wir glauben daran.

Nihat Sargın - Haydar Kutlu

6. April 1990

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

pressezentrale einheit

bem

unity press centre

OLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: 49 203 348395, TELEFAX: 49 203 339276 (BRD)
 STOKES NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XH, TELEPHONE/FAX: 44 1 923 1902 (U K)
 ÜRD ADIMLAR, DUNAU STR. 104, 1 BERLIN 44, TELEFON: 4930 6876554, FAX: 4930 6876019

18. April 1990

AM 12. TAG DES TODESFASTENS VON SARGIN UND KUTLU

- x Sargins und Kutlus Gesundheit in Gefahr
- x Abgeordneter Anadol: " Falls es ihnen etwas passiert, wird die Regierung die Verantwortung tragen."
- x Justizminister Sungurlu: " Ohne eine gemeinsame Stellungnahme der anderen Parteien, kann es nicht zu einer gesetzlichen Regelung kommen."
- x Unterstützung für Sargin und Kutlu aus Washington, Moskau und Europarat
- x Berufsorganisationen und Gewerkschaftler der Türkei setzen sich für Freilassung von Sargin und Kutlu

Ankara- Am 12. Tag des unbefristeten Hungerstreiks wurden Dr. Nihat Sargin, Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP), und Haydar Kutlu, Generalsekretär der Partei, von Ärzten untersucht. Nach den türkischen Zeitungen leidet Sargin zur Zeit unter Blutdruckstörungen und Kutlu unter Herz- und Nierenstörungen. Rechtsanwalt Erşen Şansal teilte mit, dass die beiden Politiker bis jetzt 7 Kilo abgenommen haben. Heute wurden Sargin und Kutlu für ärztliche Untersuchungen ins Krankenhaus gebracht.

Sargin und Kutlu haben am 12. Tag ihres Todesfastens erklärt, dass sie ihre Aktion fest entschlossen weiter führen werden, bis sie eindeutige Zeichen sehen, dass die Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches gesetzlich geregelt werden.

Kemal Anadol, unabhängiger Abgeordneter der Stadt Izmir sprach gestern im Parlament über die Lage von Sargin und Kutlu. Er erklärte, dass die Funktionäre der TBKP mit İnönü, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP), und mit Demirel, Vorsitzender der Partei des Rechten Weges (DYP) Gespräche führen, seit Dezember 1989 öffentlich auftreten und wirken und kritisierte die ungerechte Behandlung von Sargin und Kutlu und sagte: " Falls es Sargin und Kutlu etwas passiert, wird die Regierung die Verantwortung dafür tragen."

Justizminister Oltan Sungurlu, in seiner Stellungnahme zu den Äusserungen von Kemal Anadol sagte im Parlament: " Wir haben die anderen Parteien gebeten, eine gemeinsame Stellungnahme zu den Artikeln 141, 142 und 163 zu erarbeiten. Ich persönlich stelle keine Vorbedingungen. Wir sind für die Demokratisierung im Rahmen der gemeinsamen Stellungnahme des Parlaments. Wir sind überzeugt, dass

- 2 -

sie (Sargin und Kutlu) als Söhne dieses Landes dieses Problem nicht ausnutzen werden, Falls ihnen etwas passiert, wird das auch uns treffen."

Die Initiative für die Gründung einer einheitlichen linken Partei, der 130 Persönlichkeiten, darunter auch Funktionäre der TBKP angehören, setzt sich für das Leben von Sargin und Kutlu. In einer Erklärung der Initiative heisst es: " Falls Sargin und Kutlu etwas passiert, dann ist nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition verantwortlich."

Washington- Helsinki Watch schickte dem Staatspräsidenten Turgut Özal ein Telegramm und verlangte die sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu.

Moskau- Das sowjetische Komitee für Menschenrechte veröffentlichte eine Erklärung und verlangte das Beenden der Anschuldigungen gegen Sargin und Kutlu. In der Erklärung heisst es: " Die Grundrechte sind für alle Bürger eines Landes gültig, das die Schlussakte von Helsinki und andere Konventionen über Menschenrechte unterzeichnet hat."

Istanbul- Hikmet Çetin, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) erklärte, dass seine Partei ihm beauftragt hat, mit der Regierung Gespräche zu führen, um Sargin und Kutlu zu retten und die gesetzlichen Regelungen der Artikel 141, 142 und 163 zu behandeln.

Der Vorsitzende der Gewerkschaftskonföderation "Türk-İş", Şevket Yılmaz hat seine Bereitschaft erklärt, über Sargin und Kutlu und über die gesetzlichen Regelungen der Gewerkschaftsparagraphen mit der Regierung Kontakte aufzunehmen.

12 Gewerkschafter haben ihren 48-stündigen Hungerstreik für Unterstützung von Sargin und Kutlu beendet. Die Gewerkschafter wurden während ihrer Aktion von 500 Persönlichkeiten besucht.

Über 200 Frauen, darunter auch die Ehefrau von Nihat Sargin, organisierten in Istanbul einen Protestmarsch mit Musik und verlangten die Freilassung von Sargin und Kutlu.

Önder Sav, Teoman Alptürk, Nusret Fişek, Yücel Akıncı, Yılmaz Bilgin, Metin Tanker, Vorsitzenden der Berufsorganisationen und Kammern verlangten in einer gemeinsamen Erklärung die Freilassung der beiden Politiker.

300 Kommunisten in Istanbul bildeten vor der Post in Sirkeci eine Schlange, um einen Brief an den Staatspräsidenten von Süd Afrika zu schicken. In dem Brief heisst es: " Da Sie vor kurzem das Verbot über die Kommunistische Partei in ihrem Lande aufgehoben haben, bleibt uns nichts anderes übrig, trotz allem in Ihrem Land um politisches Asyl zu bitten."

Schriftsteller, Dichter, Künstler und Intellektuelle der Türkei organisieren in verschiedenen Städten der Türkei Lesungen, Vorstellungen und Abende für Freilassung von Sargin und Kutlu, für die Abschaffung der Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches. Fast alle Künstler, Schriftsteller, Dichter und Intellektuelle des Landes haben bisher aufgrund der Gewerkschaftsparagraphen verhaftet, gefoltert, entlassen, oder ihre Werke wurden verboten.

In allen Städten und Provinzen der Türkei bilden Politiker, Intellektuelle, Rechtsanwälte und regierende Bürgermeister Solidaritätsinitiativen und Komitees mit Sargin und Kutlu.

Brüssel- Der Europarat hat beschlossen, eine Gruppe von Ärzten nach Ankara zu schicken und Sargin und Kutlu untersuchen zu lassen.

Pressezentrale einhelt
DEM
 unity press centre

HOLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: 49 203 340395, TELEFAX: 49 203 339229 (HRD)
 6 STOKES NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XN, TELEPHONE/FAX: 44 1 923 1982 (U K)
 BÜRO ADIMLAR, DONAU STR. 104, 1 BERLIN 44, TELEFON: 4930 6876554, FAX: 4930 6876019

22. April 1990

DER 17. TAG DES TODESFASTENS VON SARGIN UND KUTLU

- x Die gesundheitlich kritische Phase naehert sich
- x Wird es zu einem Gesetzentwurf kommen, der die freie Taetigkeit aller politischen Parteien zulaesst, die sich für freie Wahlen bekennen?
- x Breite Unterstützung für Sargin und Kutlu innerhalb der Türkei

Ankara- Am 17. Tag des Todesfastens von Dr. Nihat Sargin, Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TKKP), und Haydar Kutlu, Generalsekretär der Partei, erklärten ihre Rechtsanwaelte, dass die beiden Politiker bald in die gesundheitlich kritische Phase eintreten werden. Inzwischen haben verschiedene Aerzte bekanntgegeben, dass bei Hungerstreiks ab dem 20. Tag das Leben des Betroffenen in Gefahr kommt. Dr. Sargin ist 64 Jahre alt und leidet an Bluterkrankungen; Haydar Kutlu ist 46 Jahre alt und leidet an Herz- und Nierenstörungen.

Ankara- Hikmet Çetin, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Volkspartei (SDP), der von seiner Partei als Vermittler zwischen der Regierung und Sargin und Kutlu ernannt worden ist, gab bekannt, dass Sargin und Kutlu ihre Bereitschaft erklärt haben, ihre Aktion abzubrechen, falls die Mutterlandspartei Regierung die folgende Erklärung abgibt und gesetzlich regelt: Alle politischen Parteien, die sich in ihrem Programm für freie demokratische Wahlen bekennen, werden zugelassen.

Wie bekannt, steht im Programm der TKKP (1987) folgendes: " Das Programm für Frieden und demokratische Erneuerung ist ein Programm, welches das mit dem freien Willen des Volkes in demokratischer Weise gebildete Parlament als höchste Organ im politischen System ansieht und ein demokratisches Regime errichtet, welches sich auf die aktive Beteiligung des Volkes und der demokratischen Massenorganisationen stützt." (Deutsche Fassung, s. 28)

Istanbul- Die türkischen Zeitungen vom 22.4.1990 berichten über die breite Unterstützung innerhalb der Türkei mit Sargin und Kutlu. Mehr als 500 Menschen befinden sich in zahlreichen Provinzen des Landes in Solidaritätshungerstreiks. Die Kommentare verschiedener Journalisten wie Altan Öymen (Milliyet), Oktay Eksi (Hürriyet) und Taha Akyol (Tercüman) zeigen einen breiten Konsens über die Freilassung von Sargin und Kutlu.

pressezentrale einheit
beim
 unity press centre

MOLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: 49 203 348395, TELEFAX: 49 203 349229 (BRD)
 6 STOKES NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XH, TELEPHONE/FAX: 44 1 923 1982 (U K)
 BÜRO ADIMLAR, DONAU STR. 184, 1 BERLIN 44, TELEFON: 4930 6876554, FAX: 4930 6876019

21. April 1990

Am 16. Tag Des Todesfastens Von SARGIN UND KUTLU

- x Justizminister Olğan Sungurlu gab zu, dass es in diesem Thema keinen Konsens bei der Regierung gibt.
- x Vertreter der politischen Parteien und Demokraten verlangen von Sargin und Kutlu das Abbrechen ihrer Aktion
- x Sargin und Kutlu: "Nur wenn die demokratische Öffentlichkeit an die Ernsthaftigkeit der Bestrebungen der Regierung für Demokratie glaubt, erst dann könnten wir unsere Aktion noch einmal durchdenken."
- x Süleyman Demirel: "Sargin und Kutlu müssen vor dem Zuckerfest freigelassen werden."

Ankara- Der Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei Dr. Nihat Sargin und der Generalsekretär der Partei Haydar Kutlu befinden sich seit 15 Tagen im Hungerstreik.

An dem 15. Tag des Todesfastens von Sargin und Kutlu empfing der Justizminister Olğan Sungurlu eine Delegation von Funktionären der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP). In dem Gespräch erklärte der Justizminister, dass er die Lage von Sargin und Kutlu sowie die gesetzlichen Regelungen der Gessinnungsparagrafen 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches an die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Regierung bringen könnte. Sungurlu verlangte ferner von Sargin und Kutlu das Abbrechen ihrer Aktion. Der Justizminister gab auch zu, dass in der Regierung zu diesem Thema keinen Konsensus gibt.

Eine Delegation der Sozialdemokratischen Volkspartei (SDP), eine Delegation der Wohlstandspartei sowie eine Delegation der Intellektuellen der Türkei besuchten Dr. Sargin und Kutlu nacheinander im Gefaengnis und verlangten von ihnen das Beenden ihrer Aktion.

Sargin und Kutlu hingegen haben gegenüber ihren Rechtsanwaelten noch einmal ihre feste Entschlossenheit ausgedrückt und die folgende Erklärung abgegeben: "Die demokratische Öffentlichkeit der Türkei hat wichtige Fortschritte erzielt. Nur wenn die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes an die Ernsthaftigkeit der Bestrebungen der Regierung für Demokratie glaubt, erst dann könnten wir unsere Aktion noch einmal durchdenken."

Süleyman Demirel, ehemaliger Ministerpräsident der Türkei und

Vorsitzender der Partei des Rechten Weges (DYP) verlangte in einer Erklärung die Freilassung von Sargin und Kutlu vor dem Zuckerfest der Mohammedaner, das am 26.4.1990 anfängt. Demirel sagte: "Ich bin ein Mann, der durch seine antikommunistischen Ansichten bekannt ist. Wenn ich ihre Freilassung verlange, dann muss das von allen verstanden werden."

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Protesto Mektubu

Ankara Merkez Kapalı Cezaevi'nde bulunan Türkiye Birleşik Komünist Partisi (TBKP) Başkanı Dr. Nihat Sargin ve Genel Sekreteri Haydar Kutlu'nun başka çareleri kalmayarak 6. 4. '90'da ölüm orucuna başlamak zorunda kaldıklarını derin bir endişe ve üzüntü ile öğrenmiş bulunmaktayım. En temel insan haklarının kazanılması için yaşamlarını ortaya koyan bu iki politikacıya yönelik endişemin kaynağı yalnızca insancıl nedenlere dayanmıyor. Eğer Sargin ve Kutlu bu uğurda yaşamlarını yitirirlerse, bu, aynı zamanda ülkenin demokratikleştirilmesi açısından da geri adım olacaktır.

Hiçbir hukuksal temele dayanmaksızın bu iki politikacının 29 aydan beri hapiste tutulmaları, bize, Türkiye'de hala belli politik görüşlerin ve bunların örgütlenmesinin iflas etmiş baskı yöntemleri ve yasaklarla engellenmek istendiğini, aynı zamanda en temel insan hakları ile ilgili olarak anlaşılmaz ve totaliter bir yaklaşımın inatla savunulduğunu göstermektedir.

Tüm bu önlem ve yasaklar ne çağdaş hukuk devleti anlayışı ve evrensel insan hakları ile, ne günümüzde uluslararası alanda görülen demokratikleşme, özgürlük ve yumuşama temelindeki gelişmelerle, ne de Türkiye'nin imzaladığı ve onayladığı Avrupa İnsan Hakları Bildirgesi, BM İnsan Hakları Sözleşmeleri gibi uluslararası anlaşmalarla bağdaşmaktadır.

Yukarıda sayılan nedenlerden dolayı :

- Türk Ceza Yasasınının 141-142 ve 163. maddelerinin kaldırılmasını,
- Nihat Sargin, Haydar Kutlu ve tüm politik tutukluların serbest bırakılmasını,
- Her türlü insan haklarıyla bağdaşmayan önlemlerin ve baskıların derhal durdurulmasını talep ederim.

PROTESTOLARINIZI ŞU ADRESLERE YOLLAYABİLİRSİNİZ :

1. Adalet Bakanı Oltan Sungurlu
Bakanlıklar Ankara/Türkiye
- 2- Dışişleri Bakanı Ali Bozer
Bakanlıklar Ankara/Türkiye
- 3- İçişleri Bakanı Abdülkadir Aksu
Bakanlıklar Ankara/Türkiye
- 4-Başbakan Yıldırım Akbulut
Bakanlıklar Ankara/ Türkiye

DAYANIŞMA MESAJLARINIZI ŞU ADRESE YOLLAYABİLİRSİNİZ:

NIHAT SARGIN - HAYDAR KUTLU
Ankara Merkez Kapalı Cezaevi
10. Koşuş
Ulucanlar/Ankara
Türkiye

PROTESTSCHREIBEN

Ich habe die Nachricht, nach der die beiden führenden Politiker der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP) Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu, in dem Zentralgefängnis von Ankara unter zwangsläufigen Bedingungen seit dem 6. 4. 1990 ein Todesfasten anfangen mußten, mit tiefer Sorge und Beunruhigung erhalten. Ich sorge mich dabei nicht nur aus humanistischen Gründen um die beiden Politiker, die sich für die elementarsten Menschenrechte mit ihrem Leben einsetzen, sondern auch um die Rückschritte bei der Demokratisierung des Landes überhaupt, falls Sargin und Kutlu ihr Leben dabei lassen sollten.

Die Inhaftierung beider Politiker seit 29 Monaten, die auf keine rechtliche Grundlage basiert, zeigt uns, daß in der Türkei bestimmte politische Gedanken und deren Organisation mit anachronistischen Unterdrückungsmaßnahmen und Verboten immer noch verhindert werden, sowie daß ein unverständliches und totalitäres Herangehen an die elementarsten Menschenrechte mit Nachdruck festgehalten wird.

All diese Maßnahmen und Verbote sind weder mit der zeitmäßigen Rechtstaatlichkeit und universalen Menschenrechten noch mit Entwicklungen, die in der heutigen Zeit auf der internationalen Ebene mit der Demokratisierung, Freiheit und Entspannung geprägt sind, noch mit den internationalen Vereinbarungen wie z.B. der Europäischen Menschenrechtscharta sowie die UNO Konventionen über Menschenrechte, die die Türkei unterschrieben und ratifiziert hat, zu vereinbaren.

Aus den obengenannten Gründen fordere ich :

- Abschaffung der Paragraphen 141-142 und 163 der türkischen Strafgesetzbuches,
- sofortige Freilassung Nihat Sargins und Haydar Kutlus aller politischen Gefangenen,
- die sofortige Beendigung aller Massnahmen und Repressallien, die gegen jegliche Menschenrechte gerichtet sind.

RICHTEN SIE BITTE IHR PROTESTSCHREIBEN

1- An den

Justizminister Oltan Sungurlu
Bakanliklar Ankara- Türkei

Fax:00904-1254819

2-An den

Außenminister Ali Bozer
Bakanliklar Ankara - Türkei

Fax: 00904-2871683

3-An den

Innenminister Abdülkadir Aksu
Bakanliklar Ankara- Türkei

Fax:00904-1172390

4- An den

Ministerpräsident Yildirim Akbulut
Bakanliklar Ankara- Türkei

Fax:00904-2308896

RICHTEN SIE BITTE IHREN SOLIDARITÄTSSCHREIBEN

An

Nihat Sargin und Haydar Kutlu
Ankara Merkez Kapalı Cezaevi 10. Koğuş

Ulucanlar / Ankara -Türkei

10. April 1990

Sehr geehrter Herr Willy Brandt,

Wir wenden uns an Sie als der Vorsitzender der Sozialistischen Internationalen und als einen Menschen, die sich stets für Menschenrechte und Demokratie eingesetzt hat.

Nihat Sargin, Vorsitzender unserer Partei, und Haydar Kutlu, Generalsekretär unserer Partei, die seit 29 Monaten in der Zentralen Geschlossenen Haftanstalt von Ankara inhaftiert sind, begannen am 6.4.1990 ein Todesfasten. Sie kamen zu diesem Entschluss, weil neue grosse Gefahren vor Demokratie und Menschenrechte in der Türkei entstanden sind, weil die Regierung die gesetzlichen Regelungen für die Veränderung der Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches verzögert, die als Symbole der Mauer der Verbote gelten, und weil diese beiden Menschen zu "Geiseln der Demokratie" gemacht wurden.

Wir hoffen, dass Sie die gerechten Forderungen von Sargin und Kutlu, die ihr Leben für die Lösung der Probleme der Türkei auf friedliche und demokratische Wege eingesetzt haben, unterstützen, die Mitglieder der Sozialistischen Internationale zur Unterstützung aufrufen und Initiativen ergreifen werden, um das Leben der beiden Menschen zu retten.

Hochachtungsvoll

Mehmet Karaca

Stellvertr. Vorsitzender

Osman Sakaşız

Stellvertr. Generalsekretär

VEREINIGTEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI

Adress: Vorstand der SPD
Herrn Willy Brandt
Erich-Ollendorfer Str 1
Postfach 1280
5300 Bonn 1

Şekilli

Feridun'a

His Excellency
George Bush
President of
United States of America

His Excellency
Michael S. Gorbach w
President of the
Union of Soviet Socialist Republics

His Excellency
François Mitterand
President of the French Republic

His Excellency
Vaclav Havel
President of
Czech-Slovakia Czech-Slovakia

His Excellency
Dr. Richard Weizäcker
President of Federal Republic of Germany

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Merhaba Kemal,

ette TÜDAY'ın iki ayda bir çıkardığı
"Türkei - Kritik" i yonderizayım. Dergimiz-
ma çalışmalarında yararlanabileceğimin, M-
ma demokratik kamuyuna katkılabileceğimin,
abone olabileceğimin ve kazanabileceğimin bir
dergi.

Ayrıca SPD Dönerge Eylet Partamıza
Grup Bşk. Trd. Rolf Kampbergs'den de
bir mektup aldım. Komün Federel Partamıza
Düziileri Komuyunda Türkiye-de insa hak-
larıyla ilgili bir yünüm. Arkadaşlar
yararlanabilir.

Julia

Imag

R. Langenburger

Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6709

15. 03. 90

Beschlußempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Bernrath, Bindig, Duve, Ganseforth, Großmann, Koschnick, Luuk, Reimann, Schanz, Schmidt (Nürnberg), Dr. Schmude, Schreiner, Sielaff, Dr. Timm, Wartenberg (Berlin), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/2600 —

Lage der Menschenrechte in der Türkei

A. Problem

Die Türkei hat sich im abschließenden Dokument des Wiener KSZE-Folgetreffens im Januar 1989 mit den anderen Teilnehmerstaaten zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit verpflichtet sowie zum Schutz und zur Förderung der Identität nationaler Minderheiten in ethnischer, kultureller, sprachlicher und religiöser Hinsicht. Im Jahre 1988 hat die Türkei sowohl die Europäische Antifolterkonvention als auch das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die Folter ratifiziert.

Nach Angaben der Gefangenen-Hilfsorganisation amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen wird in der Türkei auch weiterhin systematisch und verbreitet gefoltert. Das politische Strafrecht findet nach wie vor Anwendung auf die friedliche Äußerung politischer Überzeugungen. Der kurdischen Minderheit ist es verboten, ihre Sprache zu benutzen und ihre Kultur zu pflegen.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gegenüber der türkischen Regierung auf Verstärkung der eingeleiteten Schritte zur Demokratisierung und die Gewährleistung der Menschenrechte und der Minderheitenrechte in der Türkei hinzuwirken und zu diesem Zweck auch die Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrags mit folgender Ergänzung der Fraktion DIE GRÜNEN:

Die Lage der Menschenrechte in der Türkei läßt es nicht zu, diesem Land zur Zeit oder in der absehbaren Zukunft Militär- und Rüstungsgüter zu liefern. Aufgrund der vorliegenden Erfahrung kann nicht ausgeschlossen werden, daß entsprechende Lieferungen zu militärischen Repressionsmaßnahmen gegen die Bevölkerung, insbesondere in Kurdistan, benutzt werden. Aus diesem Grund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die Lieferungen im Rahmen der Rüstungssonderhilfe sofort einzustellen.

Der Ergänzungsantrag wird gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

D. Kosten

Keine

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Beschlußempfehlung

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit großem Nachdruck bei der türkischen Regierung darauf zu drängen, daß die eingeleiteten Schritte zur Demokratisierung verstärkt und die Achtung der Menschenrechte in der Türkei gewährleistet sowie die politischen und kulturellen Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten eingehalten werden. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte auch dazu genutzt werden, einen Beitrag zur Verwirklichung von Menschenrechten zu leisten.

Bonn, den 14. Februar 1990

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Stercken
Vorsitzender

Vogel (Ennepetal)
Berichterstatter

Duve

Frau Dr. Hamm-Brücher

Frau Beer

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Bericht der Abgeordneten Vogel (Ennepetal), Duve, Frau Dr. Hamm-Brücher und Frau Beer

I. Zum Verfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Abgeordneten Bernrath, Bindig, Duve . . . und der Fraktion der SPD zur Lage der Menschenrechte in der Türkei in seiner Sitzung vom 14. Februar 1990 zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen. In seiner Sitzung am 18. Januar 1989 hat der Auswärtige Ausschuß die Vorlage seinem Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe zur gutachtlichen Stellungnahme überwiesen.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat den Antrag in seiner Sitzung am 25. Januar 1989 beraten. Er vertritt die Ansicht, daß die ersten Abschnitte des Antrags eine Begründung darstellen und stimmt dem letzten Absatz einvernehmlich mit der Ergänzung zu: „ . . . und die Achtung der Menschenrechte in der Türkei gewährleistet sowie die politischen und kulturellen Rechte von Minderheiten eingehalten werden“.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat den Antrag in seiner Sitzung am 18. Januar 1989 beraten und beschlossen, den Antrag mit Ausnahme des letzten Absatzes abzulehnen, der mit folgendem Wortlaut einstimmig angenommen wurde: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit großem Nachdruck bei der türkischen Regierung darauf zu drängen, daß die eingeleiteten Schritte zur Demokratisierung verstärkt und die Achtung der Menschenrechte in der Türkei gewährleistet werden.“

Mehrheitlich abgelehnt mit einigen Enthaltungen wurde ein von der Fraktion der SPD eingebrachter Ergänzungsantrag mit folgendem Wortlaut: „Die Entwicklungszusammenarbeit sollte auch dazu genutzt werden, einen Beitrag zur Verwirklichung von Menschenrechten zu leisten.“

Der Rechtsausschuß hat sich am 6. Dezember 1989 mit dem vorliegenden Antrag befaßt, keine verfassungsrechtlichen und sonstigen rechtlichen Bedenken geltend gemacht und dem federführenden Auswärtigen Ausschuß einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe hat am 19. Juni 1989 auf der Grundlage des vorliegenden Antrags eine öffentliche Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der Türkei durchgeführt und am 15. November 1989 seine Stellungnahme abgegeben — Ausschußdrucksache 346.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 63. Sitzung am 14. Februar 1990 die Beschlußempfehlung einstimmig verabschiedet. Der Zusatzantrag der Fraktion DIE GRÜNEN wurde ohne Aussprache mit den Stimmen

der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

II. Zur Begründung

Im Ausschuß bestand Einvernehmen darüber, daß operativer Teil des Antrages lediglich der letzte Absatz ist, während der übrige Text eine Begründung darstellt. Da der Antrag vom 30. Juni 1988 datiert, ist die Begründung zum Teil überholt oder korrekturbedürftig, worauf der StM im Auswärtigen Amt, Schäfer, ausdrücklich hingewiesen hat. Dies gilt namentlich für die auf Seite 2 unter dem 3. Spiegelstrich genannte Zahl der rechtskräftig zum Tode verurteilten Personen. Auf Bitten des Vertreters der Fraktion der SPD erklärte sich der Ausschuß damit einverstanden, die in dem Antrag der Fraktion der SPD enthaltene Begründung in aktualisierter Form in der Begründung der Beschlußempfehlung wiederzugeben, ohne daß sich der Ausschuß die Begründung zu eigen gemacht hat. Die Begründung des Antrags der Fraktion der SPD lautet nunmehr wie folgt:

„Es besteht Veranlassung festzustellen, daß die Forderungen nach Sicherung der Grund- und Menschenrechte in der Türkei noch nicht erfüllt sind.

Noch immer wird die gewerkschaftliche Betätigung behindert, ist die Gewerkschaftsfreiheit in der Türkei nicht hergestellt. Der Gewerkschaftsdachverband DISK und die Lehrerorganisation TÖB-DER sind verboten. Das Recht der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, Gewerkschaften und Berufsverbände zu bilden, existiert nicht. Der 1. Mai darf als Tag der Arbeiterbewegung nicht begangen werden.

Die Autonomie der Hochschulen ist nicht wiederhergestellt. Der Schulunterricht entspricht nicht den allgemein anerkannten Prinzipien über die Gedanken- oder Überzeugungsfreiheit.

Die Menschenrechte in der Türkei werden ständig verletzt;

- es wird gefoltert,
- Todesurteile werden beantragt und verhängt; nach letzten Informationen der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international sitzen 249 Verurteilte in den Todeszellen;
- außerhalb der Türkei lebende Staatsbürger werden wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte und Demokratie ausgebürgert, die im Exil lebenden politischen Flüchtlinge können zum Teil nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Wie die Türkei mit den Menschenrechten verfährt, zeigte sich bei der Rückkehr der Politiker Haydar

Kutlu und Nihat Sargin aus der Bundesrepublik Deutschland in die Türkei. Beide wurden verhaftet, blieben lange ohne Außenkontakt und sind wahrscheinlich in der Gefangenschaft gefoltert worden; beiden droht in dem Strafverfahren eine langjährige Freiheitsstrafe, wenn nicht die Todesstrafe.

Bei der Vergabe von Pässen verfährt die türkische Regierung willkürlich. Der Volksgruppe der Kurden und anderen Minderheiten werden politische und kulturelle Rechte vorenthalten. Obwohl das Kriegsrecht aufgehoben ist, wird in den Wohngebieten der Kurden der Ausnahmezustand durch das Notstandsgouvernement aufrechterhalten und massiv Gewalt eingesetzt.

Amnesty international und andere Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, daß 240 000 Menschen seit 1980 wegen politischer Delikte inhaftiert und fast durchweg gefoltert wurden. Allein im Jahr 1989 wurden amnesty international 500 Fälle von Folter und 10 Todesfälle infolge von Folter bekannt. Die türkische Regierung hat sich bis heute nicht zu einer Amnestie aller politischen Gefangenen entschließen können.“

Abgeordneter Vogel (Ennepetal) wies für die Fraktion der CDU/CSU darauf hin, daß es der Unterausschuß

für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe aufgrund der durch die öffentliche Anhörung gewonnenen Erkenntnisse zur Lage der Minderheiten in der Türkei für notwendig befunden habe, dem bereits vom Ausschuß für Bildung und Wissenschaft um die ausdrückliche Erwähnung der politischen und kulturellen Rechte von Minderheiten ergänzten Antrag der Fraktion der SPD noch weiter verdeutlichend die Worte „ethnische und religiöse Minderheiten“ hinzuzufügen. Der Unterausschuß habe ferner dem im Entwicklungshilfesausschuß abgelehnten Ergänzungsantrag der Fraktion der SPD zugestimmt, da er der Auffassung sei, daß ein Zusammenhang von Entwicklungszusammenarbeit und der Verwirklichung von Menschenrechten überall in der Welt gesehen werden müsse. Für die Behandlung des Ergänzungsantrages der Fraktion DIE GRÜNEN (siehe oben unter C.) habe sich der Unterausschuß nicht zuständig gefühlt. Als Berichterstatter empfahl er Ablehnung dieses Ergänzungsantrages.

Für die Fraktion DIE GRÜNEN begründete die Abgeordnete Frau Beer ihren Ergänzungsantrag mit den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, über die es umfangreiche Informationen gebe, und verwies auf die Anhörung des Rechtsausschusses des Europarates vom Januar d. J.

Bonn, den 14. Februar 1990

Vogel (Ennepetal)

Duve

Frau Dr. Hamm-Brücher

Frau Beer

MEINUNG UND HINTERGRUND

Die SPD-Abgeordnete Renate Schmidt prangert Mißstände in der Türkei an

Weit von der Demokratie entfernt

Gewerkschaftliche Betätigung ist fast unmöglich — Folter an der Tagesordnung

VON HELMUT PICKEL



Nicht zimperlich: Ein Polizist geht in Istanbul gegen eine Mai-Demonstrantin vor.

Foto: AP

NÜRNBERG — Renate Schmidt, die ursprünglich nur den türkischen Sozialdemokraten ein wenig unter die Arme greifen wollte, ist in Istanbul unversehens in heiße Auseinandersetzungen hineingeraten. 26 000 Polizisten, so berichtet die stellvertretende Vorsitzende der Bonner SPD-Fraktion, waren am 1. Mai im Einsatz, als Demonstranten auf dem Taksim-Platz politische und gewerkschaftliche Freiheiten forderten. An die 3000 Teilnehmer der Kundgebung wurden festgenommen, viele davon werden sich vor den berüchtigten Militärtribunalen verantworten müssen. Die Demonstration war natürlich nicht genehmigt — einen 1. Mai, wie er überall in der westlichen Welt üblich ist, läßt die Regierung unter Turgut Özal noch immer nicht zu. Dabei redet sie offiziell ständig davon, daß die Demokratie in der Türkei so gut wie vollendet sei.

Aber was ist zum Beispiel mit den Kurden? Renate Schmidt hat vergeblich versucht, den Publizisten Ismail Besikçi im Gefängnis zu besuchen. Der Mann sitzt seit März ausschließlich deswegen ein, weil er ein Buch über die Probleme der kurdischen Minderheit geschrieben hat, die es aus der Sicht des Özal-Regimes überhaupt nicht gibt. Schlicht und hartnäckig leugnet Ankara die Existenz einer ethnischen Minderheit ab, die eine eigene Sprache spricht und eine eigene kulturelle Identität besitzt.

700 000 Verhaftungen

Zurück zum allgegenwärtigen Polizei- und Unterdrückungssystem: 700 000 Menschen, so erfuhrt die Nürnberger SPD-Abgeordnete aus glaubwürdigen Quellen, sind in der Türkei seit 1980 aus politischen Gründen verhaftet worden. In fast allen Fällen — Amnesty International hat erst kürzlich wieder darauf aufmerksam gemacht — ist Folter angewendet worden, um falsche Geständnisse zu erpressen. Gefoltert wird sogar, wenn es um einfache kriminelle Delikte wie etwa Diebstahl geht.

Offenbar geht auch die türkische Presse, die bisher relativ frei berichten durfte, zunehmend auf Kurs. Wenn Renate Schmidt in Interviews — vorsichtig genug — die Kurdenfrage anschnitt, fand sich darüber in den Zeitungen nichts wieder. Kein Wort war bisher auch darüber zu lesen, daß die beiden Kommunistenführer Nihat Sargin und Haydar Kutlu, deren Prozeß wegen ihrer Absicht, eine legale KP zu gründen, sich seit anderthalb Jahren hinschleppt, inzwischen auf freiem Fuß sind. Ihr Hungerstreik hat offensichtlich Eindruck auf Ankara gemacht. Das Verfahren geht indes trotzdem seinen Gang, während die versprochene Strafrechtsreform in den Amtsstuben steckenbleibt.



Renate Schmidt

Foto: Contino

Wer weiß schon, wie schwierig es ist, in der Türkei Gewerkschafter zu sein? Das Gesetz bestimmt, daß sich weder Lehrer noch Studenten, weder Wissenschaftler noch Angehörige des öffentlichen Dienstes gewerkschaftlich oder politisch betätigen dürfen.

Und in jedem Fall ist die Regierung ermächtigt, einen Streik abzublasen, wenn er nach ihrer Ansicht die öffentliche Sicherheit gefährdet.

Dies alles, so Renate Schmidts Eindruck, erzeugt in der Türkei eine „deprimierte Stimmung“, eine Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit. Auch die deutschen Türkei-Urlauber, meint sie, sollten wissen, in welchem Land sie gehen. „Seit zehn Jahren“, sagt die Abgeordnete, „wird die Parole ausgegeben: erst wirtschaftliche Entwicklung, dann politische Freiheit.“ Dabei sei doch klar, „daß beides Hand in Hand gehen muß“.



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
HANS-GÜNTHER SCHRAMM

Hans-Günther Schramm · Ebenseestraße 6 8500 Nürnberg 30

Tuncay Kulaoglu
Schlüsselfelder Str. 5
8500 Nürnberg 10

Maximilianeum
8000 München 85
Telefon (089) 41 26-731

Büro:
Keßlerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Telefon (09 11) 556841

Ebenseestraße 6
8500 Nürnberg 30

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datum

18.05.1990

Lieber Tuncay,
Beiliegender Antrag wird zur Zeit
in den Ausschüssen beraten und
letztendlich am 31.05. oder 01.06.
im Landtagsplenum abgestimmt.

KURZMITTEILUNG

mit der Bitte um:

- Kenntnisnahme
 Stellungnahme
 Veranlassung
 Erledigung
 Vorlage
 Veröffentlichung
 Vervollständigung
 Rückgabe
 Anruf
 Prüfung
 Weiterleitung an:

- pers. Rücksprache
 Entscheidung
 mit Dank zurück
 zum Verbleib

Anlagen

- Schreiben
 Abschrift
 Kopie

gez. Hans-Günther Schramm

Mit friedlichen Grüßen

i.A. Chris Mößner, Mitarbeiterin

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Bause, Schramm, Romberg und Fraktion DIE GRÜNEN

Entschließung zu den Ereignissen in Türkei-Kurdistan

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist bestürzt über die jüngsten Ereignisse im kurdischen Teil der Türkei.
2. Der Landtag ist überaus besorgt über die jetzt einsetzende Vertreibung der Kurden aus ihrer angestammten Heimat und über die weitere Einschränkung demokratischer Rechte durch die verschärfenden Maßnahmen der Ausnahme Gesetze wie Zensur, Abschaffung der Pressefreiheit, Zwangsumsiedlungen sowie Abbau der gewerkschaftlichen Rechte und der Rechtsstaatlichkeit.
3. Der Landtag protestiert aufs schärfste gegen die Massenverhaftungen in Türkei-Kurdistan und verurteilt den jetzt bekannt gewordenen Beginn der Zwangsumsiedlungen und Pressionen gegen die Zivilbevölkerung.
4. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, auf die türkische Regierung einzuwirken, daß die menschenverachtende Unterdrückung des kurdischen Volkes endlich eingestellt wird. Insbesondere soll die Staatsregierung die Generalkonsuln zum Gespräch bestellen und über die ernste Sorge und Bestürzung in Kenntnis setzen.
5. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, bei der Bundesregierung unverzüglich vorstellig zu werden, damit jegliche Unterstützung und Ausbildungshilfe für die türkische Armee durch bundesdeutsche Dienststellen eingestellt werden.

130,58

Go/By

Schramm (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Entschließungsantrag wollen wir auf den vorläufigen Höhepunkt eines Völkerdramas hinweisen, das sich seit 1923 abspielt. Seitdem sind dem kurdischen Volk alle selbstverständlichen Menschenrechte verwehrt. Kurdische Sprache und Kultur sind verboten. Kurdisch lesen und schreiben, das S~~f~~gen von kurdischen Liedern, ja sogar die kurdischen Namen *lin* für die Kinder sind verboten. Mütter, die ihre Söhne im Gefängnis besuchen, können nicht mit ihnen reden, weil sie dort nicht kurdisch sprechen dürfen und türkisch nie gelernt haben. Seit Anfang März spitzt sich die Lage jedoch dramatisch zu. Die Bewohner ganzer Dörfer wurden massakriert oder auf unmenschlichste Weise gedemütigt. Das ging soweit, daß Menschen gezwungen wurden, Exkremente zu essen. Ganze Landstriche werden entvölkert, die Bewohner zwangsumgesiedelt.

Mit einem Notstandsbeschluß hat die Regierung Özal die in Türkei-Kurdistan weitgehend die demokratischen Grundrechte außer Kraft gesetzt. Pressefreiheit, ~~x~~ Rechtsstaatlichkeit und gewerkschaftliche Rechte existieren nicht mehr. Die brutalen Vorfälle am ~~1.~~ Mai beweisen, daß die Türkei kurz vor einem Rückfall in ~~M~~ilitärdiktatorische Verhältnisse steht.

Die Türkei hat die EG-Mitgliedschaft beantragt. Deshalb ist es keine Einmischung in fremde Angelegenheiten, wenn ~~w~~ir

(Schramm)

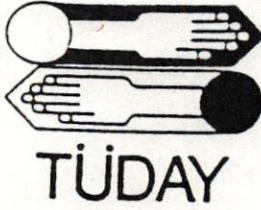
wir diese Zustände kritisieren. Im Übrigen ist die Einforderung von Menschenrechten und demokratischen Grundnormen sowieso keine Einmischung, sondern die Pflicht aller Demokraten. Ich bitte Sie daher um Unterstützung dieser AEntschlieÙung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

f.1.VP

i. O. legs.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV



Türkiye Demokrasi ve İnsan Hakları Dayanışma Derneği
Komela Pistgirt Ji Bo Demografî û Mafên Mirovî Li Tirkîyê
Solidarity Association for Democracy and Human Rights in Turkey
Solidaritätsverein für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei e.V.

Köln, 28.5.90

Birlik Enformasyon Merkezi
Duisburg

Değerli Arkadaşlar,

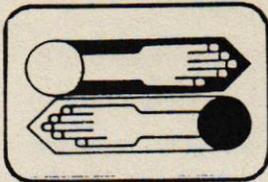
Çanakkale Cezaevinde sekiz gazeteci ve sendikacının sürdürdüğü açlık greviyle ilgili yaptıkları açıklamayı Almancaya çevirdik, basına dağıttık. Bir örneğini ekte gönderiyoruz.

Bundan böyle sık sık, böylesi güncel haberleri "Pressedienst" açıklaması olarak çıkaracağız. Bugün bir açıklamamız daha çıkacak. Onu da yarın dağıtacağız. Konusu, 413'e karşı Diyarbakır'da (Cezaevinde ve dışarda) süren açlık grevleriyle ilgilidir. Dün polis saat 14.00 sıralarında SP D. Bakır İl binasında 60 kadar grevciyi ve dışardan onları ziyarete gelen toplam 300'ün üzerinde kişiyi tutukladı. Saldırı da oldu. Hayli yaralananlar var. Geniş, sağlıklı bilgileri yarın açıklarız, büyük olasılıkla..

Çalışmalarınızda başarılar dileriz. Elinize yeni bilgiler ulaşırsa bizi bilgilendirmenizi rica ediyoruz.

Selamlarımızla

B. Ayaz



TÜDAY PRESSEDIENST

Solidaritätsverein für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei

Seit dem 16.05.90 befinden sich im Gefängnis von ÇANAKKALE 8 Journalisten in einem unbefristeten Hungerstreik, um gegen die Art. 141 und 142 des Strafgesetzbuches zu protestieren und deren Aufhebung zu fordern.

Wir veröffentlichen ihren Aufruf vom 17.05.90.

Im Gefängnis von Gaziantep haben die politischen Gefangenen einen Solidaritätshungerstreik begonnen. Nach unseren Informationen ist eine Ausweitung der Hungerstreiks auch in anderen Gefängnissen zu erwarten.

Am 28.05.90 wurden bei einer Razzia in Istanbul 21 Vertreter von Zeitschriften von der Politischen Polizei verhaftet. Die Nachricht von Cumhuriyet finden Sie gekürzt im Anschluß an den Aufruf.

Köln, den 25.5.1990

AUFRUF AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

Die Grundeigenschaft des Menschen als gesellschaftliches Wesen ist die Verbreitung seiner Gedanken und die Organisierung. Die Menschheitsgeschichte ist in diesem Sinne auch die Geschichte der Gedankenfreiheit und der Ausbreitung von Organisationsformen. Aus diesem Grunde ist die Gedanken- und Organisationsfreiheit sowohl die Voraussetzung als auch die Folge der gesellschaftlichen Entwicklung und der Zivilisation.

Unser Land befindet sich, wie in vielen Bereichen auch, im Bereich der Gedanken- und Organisationsfreiheit, der politischen Freiheit, im Hinterhof der Zivilisation. Unser gesellschaftliches und politisches Leben wird nicht durch Freiheiten, sondern durch Verbote und Repressionen bestimmt.

Die Türkei erlebt als eines der wenigen Länder den Mißstand, der die Gedanken- und Organisationsfreiheit als ein Strafvergehen betrachtet. Zahlreiche fortschrittliche, demokratische Sozialisten sind seit Jahren in Gefängnissen, weil sie, entsprechend den in höchstem Maße unzeitgemäßen und rassistisch-faschistischen Artikeln des Strafgesetzbuches, allen voran den berühmten Artikeln 141 und 142, zu verschiedenen Strafen verurteilt wurden. Diese Artikel hängen auch weiterhin als ein Demoklesschwert insbesondere über der sozialistischen Presse. Wie auch am Beispiel des Wissenschaftlers Ismail BESIKCI zu beobachten ist, läuft die neue Verhaftungswelle weiter.

Das unumstößliche Recht einer Nation auf den eigenen Sprachgebrauch, die eigene Erziehung, auf die Entwicklung und Fortführung der eigenen Kultur, wird mit Gewalt verhindert. Tausende Demokraten und fortschrittliche Menschen, die sich für das Recht auf Selbstbestimmung des kurdischen Volkes einsetzen, werden in Gefängnissen untergebracht. Als ob die mit einem grenzenlosen Chauvinismus angewendeten Artikel 125 und 171 nicht ausreichend wären, wird mit der Ausnahmezustandsregelung die nationale Repression und Gewalt noch mehr entfacht.

Auf der einen Seite können sich die Putschisten und Folterer des 12. September in Freiheit bewegen, und auf der anderen Seite werden nach dem Artikel 146, der dem Strafgesetzbuch zur sogenannten Verhinderung eines Regierungsputsches hinzugefügt wurde, tausende Linke von den Gerichten der Putschisten zum Tode und zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt und in Gefängnisse gesteckt.

Die fundamentalen Rechte der Arbeiter werden brutal mißachtet, Streiks durch Beschlüsse verboten. Der Verbot und die Feindseligkeit gegen den 1. Mai ist weiterhin auf der Tagesordnung.

Alle gesellschaftlichen und politischen Verbote haben entsprechend ihrer inneren Logik, einen fundamentalen Zusammenhang. Das Lösen eines dieser Verbote von dieser Kette, wird auch andere Glieder in Bewegung setzen. Der Grund für die Unlust und den Vorbehalt der Regierung und der herrschenden Kräfte bezüglich der Tendenz innerhalb der Gesellschaft und des Parlaments, zur Aufhebung der Artikel aus dem Strafgesetzbuch, die die Gedanken- und Organisationsfreiheit verbieten, ist insbesondere in diesem Aspekt zu suchen.

In den letzten Monaten ist, auch mit der Freilassung der Vorsitzenden Haydar KUTLU und Nihat SARGIN von der TBKP (Türkische Kommunistische Einheitspartei), in der Frage der Artikel 141, 142 und 163 des Türkischen Strafgesetzbuches eine qualitativ neue Situation entstanden. Es zeigt sich, daß diese Artikel nunmehr keine Basis und keine gesellschaftliche, politische und moralische Entscheidungsebene mehr haben.

Jetzt wird behauptet, die Türkei hätte sich von einem Mißstand losgelöst. Es kann in keiner Weise von einer Loslösung gesprochen werden, die Mißstände sind heute in härtester Form weiterhin auf der Tagesordnung. Gegen das Gleichheitsprinzip, ein fundamentales Prinzip des Rechtswesens, wird heute formell und inhaltlich verstoßen. Zahlreiche Menschen, deren Verurteilung von Gerichten für unwirksam erklärt worden ist, befinden sich wegen diesen Artikeln in Gefängnissen.

Wir, die politischen Inhaftierten, die sich zur Zeit in dem Gefängnis Typ-E in CANAKKALE befinden und deren Namen unten aufgeführt sind, befinden uns seit dem Morgen des 16. Mai 1990 im unbefristeten Hungerstreik, um als Menschen, die entsprechend den Artikeln 141 und 142 verurteilt worden sind, gegen diese Situation zu protestieren, um die Aufhebung dieser besagten Strafgesetze zu bewirken und um die wahren Hintergründe aufzudecken.

Wir handeln mit dem Bewußtsein, daß die Freiheiten eine Gesamtheit sind und daß diese Artikel 141, 142 und 163 nicht die einzigen Mißstände in der Türkei sind. Wir wissen, daß die Demokratisierung unseres Landes von der Lösung des Kurdenproblems, von der konsequenten Aufhebung der Urteilssprüche seitens der Gerichte nach dem 12. September, von dem Verbot der Todesstrafe, von der Zurücknahme des Zensur- und Verbannungsbeschlusses, von dem Ende der Menschenrechtsverletzungen und der Folter und von der Fundierung aller Menschenrechte- und Freiheiten nicht zu trennen ist.

In diesem Sinne rufen wir alle Demokraten, Sozialisten, die nationale und internationale Öffentlichkeit auf, uns in dieser Aktion, die wir für die Freiheit und Demokratie begonnen haben, zu unterstützen.

ERHAN TUSKAN, Chefredakteur der Zeitschrift ILERICI YURTSEVER GENCLIK, zu 123 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, seit 10 Jahren in Haft.

IRFAN ASIK, Chefredakteur der Zeitschrift PARTIZAN, zu 111 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, seit 10 Jahren in Haft.

HASAN FIKRET ULUSOYDAN, Chefredakteur der Zeitschrift HALKIN SESI, zu 66 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, seit 10 Jahren in Haft.

MEHMET ÖZGEN, Chefredakteur der Zeitschrift BAGIMSIZ TÜRKIYE, DEVRIMCI MILITAN, zu 43 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, seit 10 Jahren in Haft.

KAZIM ARLI, Chefredakteur und Inhaber der Zeitschrift ÖNCÜ, zu 22 Jahren und 5 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, seit 5 Jahren in Haft.

MUSTAFA DINC, Vorstandsmitglied der DISK-Gewerkschaft Druck und Papier, zu 10 Jahren und 5 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, seit 5 Jahren in Haft.

EMIN TAS, Prozeß gegen TKP (Türkische Kommunistische Partei), zu 6 Jahren und 8 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

RAIF GÜMÜS, Prozeß gegen TKKKÖ KURTULUS, zu 6 Jahren und 8 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, seit 2 Jahren in Haft.

17. Mai 1990

aus CUMHURİYET / 19. MAI 1990, S.9

(...)

Wie uns mitgeteilt wurde, sind gestern (am 18. Mai 1990, Anm. d. Ü.) 21 Vertreter von Zeitschriften im Zentrum der Zeitschrift ISCININ GAZETESİ in der Piyerloti Cad. zusammengetroffen. Gegen diese Versammlung, auf der der Beschluß mit Gesetzeswirkung, der betreffend der Ereignisse in Südost- und Ostanatolien verkündet wurde und der die Presse in höchstem Maße zensiert, und die Ereignisse vom 1. Mai diskutiert wurden, wurde etwa um 11 Uhr von der Polizeieinheit der Politischen Polizei eine Razzia durchgeführt. Es wurde darüber informiert, daß während dieser Razzia 21 Vertreter von Zeitschriften, EMEGIN BAYRAGI, YENI CÖZÜM, YENI DEMOKRASI, SOSYALIZM, ISCILER VE POLITIKA, ÖZGÜRLÜK DÜNYASI, HEDEF, TOPLUMSAL KURTULUS, KIVILCIM, SIYASET, ISCININ GAZETESİ, DENG, EMEK, MEDYA GÜNESİ, DEVRIMCI MÜCADELE, SOSYALIST ATAK, ISCI SÖZÜ, CAGDAS YOL, KOMÜN, ISCILERIN SESİ, festgenommen und zur Politischen Polizei gebracht worden sind. Nach diesem Vorfall wurde in der gemeinsam verfaßten Presseerklärung im Namen dieser Zeitschriften folgendes veröffentlicht:

"Die Tatsache, daß gegen die sozialistische Presse, die ihr Recht auf Pressefreiheit gebraucht, in dieser Art vorgegangen wird und eine Politik der Willkür und Gewalt praktiziert wird, zeigt das Ausmaß dieser Angriffe. Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese willkürliche Unterdrückung. Die Vertreter der sozialistischen Zeitschriften müssen sofort freigelassen werden."

(...)

**GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG
UND WISSENSCHAFT
KREISVERBAND NÜRNBERG**



An den
Bundespräsidenten
Herrn Dr. Richard von Weizsäcker
Kaiser-Friedrich-Str. 16

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundespräsident !

Wir richten an Sie den dringenden Appell, die Regierungsvorlage für ein neues Ausländergesetz abzulehnen. Unsere letzte Hoffnung ist, daß Sie von Ihrem Einspruchsrecht Gebrauch machen, um ein Gesetz zu verhindern, das in vieler Hinsicht Grundsätze wie Demokratie, Gleichberechtigung und Menschenwürde verletzt.

Die Regierungsvorlage erkennt nicht an, daß die hier lebenden ImmigrantInnen zu einem festen Bestandteil dieser Gesellschaft geworden sind. Es wird nicht die Zusammengehörigkeit von ImmigrantInnen und Deutschen betont, sondern ein Gegensatz von hier Deutschen und dort Ausländern konstruiert.

Notwendig ist die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der Menschen, die in die Bundesrepublik eingewandert sind und sich hier niedergelassen haben.

Notwendig ist eine den gesellschaftlichen Tatsachen entsprechende ImmigrantInnenpolitik auf der Basis des Miteinanderlebens.

Ein Gesetz von dieser großen Bedeutung, das weitreichende Wirkungen haben wird, darf nicht ohne eine intensive gesellschaftliche Diskussion und ohne breiten Konsens verabschiedet werden.

Wir richten daher noch einmal die dringende Bitte an Sie, die Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes zu verhindern. Diese Regierungsvorlage darf auf keinen Fall gesetzliche Wirklichkeit werden.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Kupfer
(Kreisvorsitzende)

J. Pawel-Neubauer
(Stellvertr. Kreisvorsitzende)

Ulrich Köpcke
(Mitglied im Kreisvorstand)

Paul Kersch
(Mitglied im Kreisvorstand)

Heidi Kersch
(Mitglied im Kreisvorstand)

Frederik Schwaner
(Mitglied im Kreisvorstand)

Anschrift: GEW-Nürnberg · Kornmarkt 5 - 7 · 8500 Nürnberg 1 · Tel. 0911/224866

BANKVERBINDUNG: STADTSPARKASSE NÜRNBERG, KONTO 1 056 149

E i n l a d u n g

zu der Sitzung des Ausländerbeirates am Donnerstag, 31.05.1990,
18.00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses in Wuppertal-Barmen.

A. Izgi
Arif Izgi
Vorsitzender

Tagesordnung

Geschäftsstellen-
Drucksache-Nr.:

1. Begrüßung und Bericht des Vorsitzenden
2. Verpflichtung der Beiratsmitglieder
NOWICKI und SORRENTINO
3. "INTERKULTURFEST 1991" 04/90
-Vorstellung des Konzeptpapiers-
Berichterstatter: Herr Fränzel -Amt 41-
Herr Englert -Amt 44-
4. Besetzung von Ausschüssen und Arbeits- 05/90, 06/90
gruppen u. Anlagen
5. Entsendung sachkundiger Einwohner in die 07/90, 08/90
Ausschüsse -Kontingenterhöhung zugunsten
des Ausländerbeirates-
6. Nachfolgenutzung Feuerwache Gathe 09/90
-Umwandlung des Gebäudekomplexes in
ein interkulturelles Bürger- und
Kulturzentrum-
7. Ausweitung des Rederechtes im ABR 10/90
8. Veröffentlichung eines INFO-BLATTES über 11/90
das Gremium AUSLÄNDERBEIRAT
9. Öffentliche Vorbereitungssitzungen 12/90
im Vorfeld der ABR-Sitzungen
10. Informationen zum neuen Ausländergesetz 13/90, 14/90
für die ausl. Mitbürger/innen

KONZEPTPAPIER

"INTERKULTURFEST"/Interkulturelle Begegnung 1990/91

Mit einem Ausländeranteil von mehr als 10 % der Gesamtbevölkerung, einer Vielzahl von ausländischen Vereinen und Kulturinitiativen, von ausländischen Läden, Kneipen, Restaurants und anderen Kommunikationsorten befindet sich Wuppertal wie viele andere Großstädte auch auf dem Weg zu einer multikulturellen Gesellschaft. Diese Entwicklung wird gefördert durch Schulen, Kindergärten, Bildungseinrichtungen und soziokulturelle Initiativen, die sich um die Integration von Ausländern bemühen.

Dagegen steht eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit, gesellschaftlich bedingte Diskriminierung und Ausgrenzungstendenzen gegenüber Ausländern und anderen Minderheiten.

Der vor drei Jahren in Wuppertal gegründete Ausländerbeirat ist bemüht, die Interessen der hier ansässigen ausländischen Bevölkerungsgruppen wahrzunehmen, sich für die Förderung von kultureller Eigenbetätigung und eine Verbesserung des Kulturangebotes für Ausländer einzusetzen, um damit den Menschen verschiedener Nationalität die Gelegenheit zu schaffen, sich zu begegnen und sich besser kennen zu lernen.

Vor diesem Hintergrund ist im Ausländerbeirat die Idee entstanden, in der Stadt Wuppertal ein internationales Kulturfestival anzuregen. In einer Projektgruppe, die sich aus dem Ausländerbeirat, der Koordinierungsstelle für Ausländerangelegenheiten, dem Kulturamt und der Volkshochschule zusammensetzt, wurden erste Vorstellungen für eine Festivalkonzeption entwickelt.

Das Festival mit dem vorläufigen Arbeitstitel "INTERKULTURFEST 1991" verfolgt den Zweck und das Ziel:

- durch öffentliche Aktionen und kulturelle Ereignisse Anlässe für Begegnungen zu schaffen und Kontakte zu fördern, die zur Verständigung von ausländischen und einheimischen Bewohnern in der Stadt beitragen;
- durch Veranstaltungen mit Musik, Tanz, Theater, Film, Kunst und Literatur, durch Vorträge und Ausstellungen den Menschen hier die Möglichkeit zu bieten, Kunst und Kultur anderer Regionen kennenzulernen und zu einem besseren Verständnis zu gelangen;
- durch gemeinsame kulturelle Aktivitäten und künstlerische Projekte grenzüberschreitende Wege für das Zusammenwirken von Menschen verschiedener kultureller Herkunft zu finden und zu erproben.

Die Planung, Konzept- und Programmentwicklung ist prozeßhaft angelegt, so daß möglichst viele interessierte Gruppen und insbesondere auch deutsche Bürger sich an diesem Vorhaben beteiligen können. Damit wird auch das Ziel verfolgt, Anstöße und Anregungen zu geben und Kommunikationsprozesse in Gang zu bringen, die über den Veranstaltungszeitraum des Festivals hinaus wirksam werden können und somit zu einer Verbesserung des Zusammenlebens in der Stadt beitragen. Besonders Künstler und Kulturgruppen, Schüler und Pädagogen werden aufgefordert, sich mit der Situation der Ausländer, mit den verschiedenen Aspekten des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Nationalitäten und mit den

Umfang und Qualität des Programms für die beiden Großveranstaltungen, die Präsentation von attraktiven musikalischen "Highlights", hängt ebenso wesentlich von den dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ab wie auch die Wahl des jeweiligen Veranstaltungsortes.

Bereits im Vorfeld zum geplanten "INTERKULTURFEST" sind für 1990 und 1991 von der Volkshochschule mit dem Kulturamt u.a. verschiedene Programmreihen geplant, die sich jeweils mit der Kultur, Geschichte und der gesellschaftlichen Situation der in Wuppertal ansässigen Ausländer beschäftigen.

In Bezug auf die in der Wuppertaler Bevölkerung zahlenmäßig am stärksten in Erscheinung tretenden Nationalitätengruppen (Türkei, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Marokko, Polen, Spanien, Sri Lanka) soll für einen Monat jeweils ein Land bzw. eine Nationalität mit einem Veranstaltungsprogramm öffentlich herausgestellt werden. Die unterschiedlichen Veranstaltungen werden im Stadtgebiet verstreut an verschiedenen Kulturorten angeboten, um möglichst viele Menschen und unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen.

Für März 1990 ist als erste Programmreihe eine "Begegnung mit der Türkei" angekündigt. Das Veranstaltungsprogramm enthält Konzerte mit traditioneller türkischer und anderer Musik, eine Theateraufführung und eine Kindertheatervorstellung, Filmvorstellungen, eine Kunstausstellung und eine Fotoausstellung zur Situation der Kurden, Vorträge und Gesprächsabende über Geschichte und Politik, eine Diskussion zum Thema "Menschenrechte" sowie zwei Feste mit Musik und Volkstänzen. Als Veranstalter sind neben Volkshochschule und Kulturamt der "Kulturpalast", das Katholische Bildungswerk, die Stadtbibliothek, der "Kulturladen Uellendahl", das Haus der Jugend, die "BÖRSE" und die Wuppertaler Bühnen beteiligt.

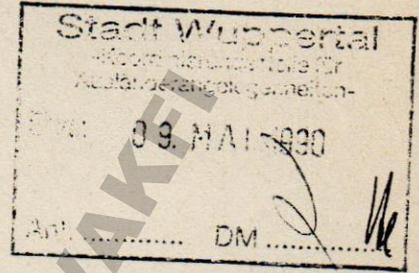
Als nächste Reihe ist für Mai 1990 nach diesem Konzept ein Programm "Begegnung mit Griechenland" geplant. Zu jeder Programmreihe wird von der Volkshochschule und dem Kulturamt eine kleine Arbeitsgruppe initiiert, zu der jeweils Vertreter der betreffenden Nationalität eingeladen werden, um gemeinsam ein Programm dafür zu entwickeln.

Neben der Vermittlung von Informationen über "fremde" Kulturen, den kulturellen Erlebnissen und der Begegnung von Menschen verschiedener Herkunft wird über die Gestaltung und Realisierung der Programmreihen "Begegnung mit ..." weiter die Absicht verfolgt:

- den ausländischen Gruppen in der Stadt ein öffentliches Forum zu bieten;
- eine Bestandsaufnahme zu machen von ausländischen Gruppen, Vereinen und Kommunikationsorten in Wuppertal, von Organisationen und Institutionen, die sich interkulturell betätigen;
- Ausländer und Deutsche zur Mitwirkung an kulturellen Aktivitäten und zur Mitgestaltung des kulturellen Lebens anzuregen und zu motivieren;

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Besetzung von Ausschüssen und Kommissionen



DIE GRÜNEN/Internationale Liste beantragen, der Ausländerbeirat möge beschliessen, daß alle bisherigen Vertreter/Innen des Beirates in Ausschüssen und Kommissionen des Rates der Stadt ihre Mandate niederlegen und neue Ausschuß-/Kommissionsmitglieder/innen vom Ausländerbeirat neu bestimmt werden.

Begründung

Am 11.03.1990 wurde zum zweiten Mal der Ausländerbeirat gewählt. Eine Reihe von ausländischen Bürgern/Innen sind neu in diesem Gremium - andere sind nicht mehr Mitglied des Beirates. Es ergibt sich somit die Notwendigkeit, über die Abordnung von Beiratsmitgliedern in die verschiedenen Ausschüsse und Kommissionen in demokratischer Wahl neu zu befinden.

Gordana Lutz

Gordana Lutz

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ
TÜSTİM PAŞTIRMAK

Ausländer in der SPD

Geschäftsstelle Robertstraße 5 5600 Wuppertal 1

08.05.1990

An den Vorsitzenden des Ausländerbeirates
Herrn Arif Izgi

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Sehr geehrter Herr Izgi,

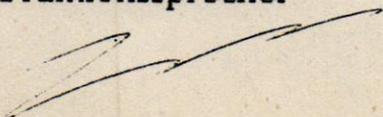
Der Ausländerbeirat möge beschließen, alle bisherige Arbeitsgruppen aufzulösen und neuzubilden (s. Anlage).

Darüber hinaus ist es empfehlenswert zu fordern, daß alle ausländischen Mitglieder vom vorherigen Ausländerbeirat in den Ratsausschüssen zurückzutreten, damit es möglich wird daß der neu gewählte Ausländerbeirat seine Vertreter auswählen kann und erneut seine Mitglieder in die Ratsausschüsse entsendet.

Begründung:

Als Begründung für diese Forderungen möchten wir ausführen, daß ein neuer Ausländerbeirat neue Kräfte and Schwerpunkte darbieten muß.

Halil Tecer
Fraktionssprecher



Ausschüsse

(stand März 1990)

1. **Ausschuß für Öffentliche Sicherheit und Ordnung**
Halil Tecer,
2. **Ausschuß für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung**
Secatipek Demir,
3. **Klinikausschuß**
4. **Planungs- und Stadtentwicklungsausschuß**
Arif Izgi, Frau Dr. Kalpaki-Georgoulaki
6. **Presse- und Werbeausschuß**
Arif Izgi,
7. **Schulausschuß**
8. **Sozial- und Gesundheitsausschuß**
9. **Ausschuß für Bürgeranträge**
Secatipek Demir
10. **Ausschuß für Stadterneuerung, Denkmalpflege und Wohnen**
Joannis Karagiannidis
11. **Bauausschuß**
Halil Tecer
12. **Frauenausschuß**
Frau Dr. Kalpaki-Georgoulaki
13. **Kulturausschuß**
Frau Dr. Kalpaki-Georgoulaki,
14. **Sport- und Bädereausschuß**
Marian Nowicki
15. **Umweltausschuß**
16. **Verkehrsausschuß**
17. **Jugendwohlfahrtsausschuß**

Ausländische Mitglieder des ABR als sachkundige Einwohner in den Ausschüssen des Rates

<u>Ausschüsse</u>	<u>Anzahl ausl. Beiratsmitgl.</u>	<u>Bereits als sachk. Einwohner gewählt bzw. *noch zu wählen</u>
Ausschuß für Bürgeranträge	(1)	Demir
Ausschuß für öffentliche Sicherheit und Ordnung	(1)	Tecer
Ausschuß für Stadterneuerung, Denk- malpflege und Wohnen	(1)	Karagiannidis
Ausschuß für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	(2)	Demir *
Bauausschuß	(1)	Tecer
Frauenausschuß	(1)	Dr. Kalpaki-G.
Klinikausschuß	(1)	*
Kulturausschuß	(1)	Dr. Kalpaki-G.
Planungs- und Stadtentwicklungs- ausschuß	(2)	Izgi Dr. Kalpaki-G.
Presse- und Werbeausschuß	(1)	Izgi

<u>Ausschüsse</u>	<u>Anzahl ausl. Beiratsmitgl.</u>	<u>Bereits als sachk. Einwohner gewählt bzw. noch zu wählen</u>	
Schulausschuß	(2)	*	*
Sozial- und Gesundheitsausschuß	(1)	*	
Sport- und Bäderausschuß	(1)	Nowicki	
Umweltausschuß	(1)	*	
Verkehrsausschuß	(1)	*	
Jugendwohlfahrtsausschuß	(1 + 1 Vertreter/in)	*	*

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Claudio li Mura
Kulturpalast Wuppertal International
Liste Ausländer in der SPD

Anastassia Kalpaki-Georgoulaki
Griechische Gemeinschaftsliste

An die
Geschäftsstelle des Ausländerbeirates
Neumarkt 10

5600 Wuppertal 1

Wuppertal 1, 14. Mai 1990

Entsendung von Beiratsmitgliedern in die Ausschüsse

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragen wir, daß in folgende Ausschüsse der Stadt Wuppertal demnächst zwei Mitglieder des Ausländerbeirates der Stadt Wuppertal als kompetente sachkundige Einwohner entsandt werden:

- *Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung*
- Frauenausschuß
- Jugendwohlfahrtsausschuß
- Klinikausschuß
- Kulturausschuß
- Presse- und Werbeausschuß
- Schulausschuß
- Sozial- und Gesundheitsausschuß
- Sport- und Bädereusschuß

B e g r ü n d u n g

In den vorgenannten Ausschüssen werden u.a. Probleme und Fakten behandelt, die auf das Zusammenleben von In- und Ausländern in dieser Stadt Auswirkungen haben.

Um die hier wohnenden z.Z. ca. 36000 ausl. Einwohner adäquat repräsentieren zu können, halten wir es für dringend erforderlich, daß zwei Mitglieder des Ausländerbeirates als sachkundige Einwohner mitwirken.

Die sachkundigen ausl. Einwohner übernehmen in diesen Gremien eine doppelte Funktion. Einerseits wirken sie als Multiplikatoren für die Entwicklungen, Geschehnisse und Ziele der Stadt bei der ausländischen Bevölkerung, andererseits haben sie den Rat der Stadt Wuppertal über die Bedürfnisse und Anliegen der ausländischen Bevölkerung zu informieren und zu beraten.

Damit eine effizientere Arbeit als in der Vergangenheit der Fall war, zu gewährleisten, bitten wir den Rat der Stadt Wuppertal, diesem Antrag stattzugeben.

[Handwritten signature]

An. Kalpaki-Georgoulaki

Folgende Mitglieder unterstützen diesen Antrag mit ihrer Unterschrift:

.....
.....
.....

Ausländer in der SPD

Geschäftsstelle Robertstraße 5 5600 Wuppertal 1

08.05.1990

An den Vorsitzenden des Ausländerbeirates
Herrn Arif Izgi

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Sehr geehrter Herr Izgi,

Der Ausländerbeirat möge beschließen, beim Rat der Stadt Wuppertal zu beantragen, die folgenden Ausschüssen mit jeweils einen Platz zu erweitern.

1. Presse und Werbeausschuß
2. Sozial und Gesundheitsausschuß
3. Kulturausschuß

Begründung:

Wir halten es für wichtig, das die o.g. Ausschüsse vom Ausländerbeirat verstärkt wahrgenommen werden, weil diese Bereiche inhaltliche Schwerpunkte für unsere Tätigkeit in den kommenden Jahren sind.

Wichtig ist ein Abbau der Ausländerfeindlichkeit für ein nachbarschaftliches Zusammenleben, was durch mehr Informationsfluß an Wuppertaler Bürger und durch bessere Kenntnisnahme der Alltagsprobleme erreicht werden kann, sowie auch interkulturelle Aktivitäten und aufklärende Öffentlichkeitsarbeit.

Halil Tecer
Fraktionssprecher

Ausländer in der SPD

Geschäftsstelle Robertstraße 5 5600 Wuppertal 1

08.05.1990

An den Vorsitzenden des Ausländerbeirates
Herrn Arif Izgi

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Sehr geehrter Herr Izgi,

Der Ausländerbeirat möge beschließen, beim Rat der Stadt Wuppertal zu beantragen, daß die Feuerwehrwache Gathe nach dem Auszug der Feuerwehr für ein interkulturelles Bürger- und Kulturzentrum in freier Trägerschaft bereitgestellt wird.

Begründung:

In der Stadt Wuppertal leben 147 Nationalitäten auf engem Raum zusammen, für die gegenseitige Akzeptanz und das Verständnis untereinander ist ein Austausch und Verstehenlernen sehr wichtig. Der Bedarf nach solch einem Projekt ist in Wuppertal sehr groß, eine interkulturelle Einrichtung kann wichtige Arbeit leisten, Berührungängste und unfundierte Fremdenhass abzubauen und das Leben miteinander zu erfrischen, zu erleichtern und kulturell zu bereichern.

b.w.

Unentbehrlich für das Miteinander ist ein ganzheitliches Zentrum, welches sich allen Seiten gegenüber öffnen kann. Verschiedene Aktivitäten sollten parallel laufen, wie z. B. Jugendarbeit, Kulturvereine, Feiern, Sport Veranstaltungen, Freizeitaktivitäten, Sitzungen, und so fort, damit der Isolationseffekt von vorneherein umgangen werden kann. Positive Auswirkungen kann die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen, Organisationen, Vereine, behördliche Instanzen und Gruppen haben, damit ein Austausch untereinander stattfinden kann, der es ermöglicht Vorurteile abzubauen und das Miteinander statt Gegeneinander festigt.

Weiterhin ist es wichtig, keine strikten Trennungen zwischen den verschiedenen Gruppen zu ziehen, da es auch für die Besucher, wie als auch für die Betreiber (Gruppen vor Ort) leichter wird sich unterzumischen, wenn die Übergänge fließend sind. Das miteinander umgehen kann in so einem Zentrum zueinander führen, wie ein großer Kuchen, den man untereinander teilt und gemeinsam ißt.

Halil Tecer
Fraktionssprecher

Ausländer in der SPD

Geschäftsstelle Robertstraße 5 5600 Wuppertal 1

08.05.1990

An den Vorsitzenden des Ausländerbeirates
Herrn Arif Izgi

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Sehr geehrter Herr Izgi,

Der Ausländerbeirat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen,
zu überprüfen, ob unseren Richtlinien es zulassen Vertreter von sozialen
Institutionen und Gewerkschaften mit Rederecht im Ausländerbeirat
einzugliedern.

Halil Tecer
Fraktionssprecher

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Ausländer in der SPD

Geschäftsstelle Robertstraße 5 5600 Wuppertal 1

08.05.1990

An den Vorsitzenden des Ausländerbeirates
Herrn Arif Izgi

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Sehr geehrter Herr Izgi,

Der Ausländerbeirat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, ein Informationsblatt über die Aufgaben des Ausländerbeirates in Form eines kurzen Textes mit Fotos und Schwerpunktberichten der einzelnen Mitglieder des Ausländerbeirates herauszugeben und zu verteilen.

Halil Tecer
Fraktionssprecher

TÜRKİYE SOSYAL İKTİSADİ ARAŞTIRMA VAKFI

Claudio li Mura

Geschäftsstellen-Drucksache Nr.: 12/90

Kulturpalast Wuppertal
International
14.5.90

An die
Geschäftsstelle des Ausländerbeirates
Neumarkt 10

56 Wuppertal 1

Stadt Wuppertal	
Koordinierungsstelle für Ausländerangelegenheiten	
Empf:	15. MAI 1990
Anf.	DM

Öffentliche Vorbereitungssitzungen

Der Ausländerbeirat möge in der nächsten Sitzung beschliessen, daß in Zukunft vor den offiziellen Sitzungsterminen, regelmäßige Vorbereitungssitzungen abgehalten werden.

Diese Sitzungen sollen öffentlich, jeweils mindestens einige Tage vor Antragsschluß stattfinden.

Bei diesen öffentlichen Sitzungen, in denen interessierte Bürger zugelassen werden sollen, sollen die vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte besprochen werden und den anwesenden Bürgern die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Anliegen vorzutragen.

Praktisch könnten die Sitzungen so abgehalten werden, daß nach Behandlung einiger Tagesordnungspunkte dem Publikum das Wort für eine befristete Zeit erteilt wird. Dies soll aber so verstanden werden, daß das Publikum sich sowohl an die gesamte Sitzungsgruppe, als auch an "seine", in der ihm genehmen Form, Vertrauensperson werden kann; anschließend bestimmt die Gruppe, ob im Verlauf der weiteren Sitzung über die vorgetragenen Wünsche und Anregungen des Publikums diskutiert werden soll oder ob eine individuelle Behandlung oder Beratung zweckmäßiger sei.

Mit dieser Verfahrensweise ist m.E. eine Bürgernähe gewährleistet.



TÜRKIYE SOYUŞTÜRÜKLERİ

DIE GRÜNEN/Internationale Liste

Wuppertal, 11.05.1990

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Stadt Wuppertal	
Koordinationsstelle für Ausländerangelegenheiten	
Dt. Nr.:	14. MAI 1990
Anl.	DM

Arbeitsgruppe "Ausländergesetz"

DIE GRÜNEN/Internationale Liste beantragen die Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Neues Ausländergesetz".

Begründung

Das neue Ausländergesetz betrifft mit seinen Konsequenzen eine Vielzahl der in Wuppertal lebenden Ausländer/Innen.

Aufgaben einer einzurichtenden Arbeitsgruppe, der neben Vertreter/Innen des Ausländerbeirates auch Mitarbeiter/Innen des Ausländeramtes der Stadt Wuppertal angehören sollen, sind

- Feststellung der konkreten ausländerrechtlichen Veränderungen und ihrer Konsequenzen für die ausländische Bevölkerung
- Festlegung einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung der Betroffenen
- Verfassung einer Resolution zum neuen Ausländergesetz und Kontaktaufnahme zum Ausländerbeirat Nordrhein-Westfalen

Mit ausländerfreundlichen Grüßen

Gordana Lutz

Gordana Lutz

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARŞİVİ
TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARŞİVİ

Liste "INSIEME PER LA CITTA'" (zusammen für die Stadt)

Giuseppe Dal Borgo - Beiratsmitglied-
Röttgen 2
5600 Wuppertal 1

An die Geschäftsstelle des
Ausländerbeirates der Stadt Wuppertal
z. Hd. Herrn Stein
Rathaus -Elberfeld
5600 Wuppertal 1

Stadt Wuppertal	
-Konsultationsstelle für Ausländerangelegenheiten-	
Empf.	14. MAI 1990
Anl.	DM

Wuppertal, 14.05.90

ANTRAG ZUR SITZUNG DES AUSLÄNDERBEIRATES
AM 31.05.90

Betr.: Aufklärungskampanie bzgl. des neuen Ausländergesetzes

Sehr geehrter Herr Stein,

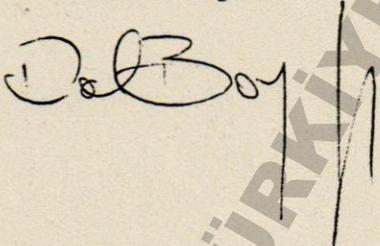
um den Wünschen vieler italienischer Mitbürger entgegen zu kommen, möchte ich hiermit bei der nächsten Sitzung des Ausländerbeirates das Thema des neuen Ausländergesetzes vorschlagen, damit eine entsprechende Aufklärungskampanie vorbereitet werden kann.

Es wäre sinnvoll wenn alle ausländischen Mitbürger von der Stadtverwaltung einen zusammengefassten Text mit den wichtigsten Informationen bekämen.

Außerdem wäre noch zu besprechen, wie man Konferenzen über dieses Thema organisieren und auf welche Weise evtl. entstehende Kosten getragen werden können.

Mit besten Dank in voraus und
mit freundlichen Grüßen

G. Dal Borgo



TÜRKİYE SOSYAL TİPİRİ HRAŞTIRMAVAKFI

DIE GRÜNEN/Internationale Liste

Wuppertal, 11.05.1990

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Informationsveranstaltung

DIE GRÜNEN/Internationale Liste beantragen, der Ausländerbeirat möge beschliessen:

Der Ausländerbeirat ersucht die Verwaltung, eine Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Ausländerbeirates zur Gliederung und Aufgabenstellung der Stadtverwaltung durchzuführen.

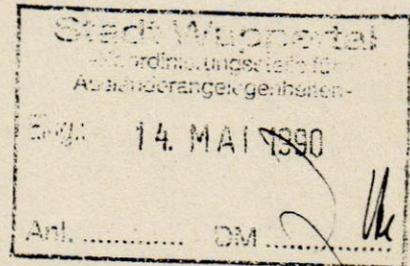
Begründung

Die Beiratsmitglieder arbeiten als Interessenvertreter/Innen der Ausländer eng mit Gremien und Ämtern der Stadtverwaltung zusammen. Die Kenntnisse der Beiratsvertreter/Innen um Strukturen, Aufgaben und Befugnisse innerhalb der Kommunalverwaltung sind jedoch teilweise lückenhaft und führen oft zu Verunsicherungen und Mißverständnissen. Eine Informationsveranstaltung, gfls. in Form eines Seminars könnte hier wohlthuende Abhilfe des Defizites schaffen.

Mit ausländerfreundlichen Grüßen

Gordana Lutz

Gordana Lutz



TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARMAVANI
TÜSTAV

Celal Toğlukdemir

W'ital, den 15.05.1990

Distelbeck 47
5600 Wuppertal 1

Stadt Wuppertal	
Koordinationssstelle für Ausländerangelegenheiten	
Eing:	15. MAI 1990
Anl.	DM

An die

Geschäftsstelle des Ausländerbeirates

Antrag zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Sehr verehrte Herren,

hiermit beantrage ich einen finanziellen Beitrag seitens der Stadt aus dem Jahreshaushaltsbudget für die in der Liste 8 in Verbindung gegangenen beiden Wählergruppen, zur Erhaltungs- bzw. Förderungsaktivitäten der türkischen Gesellschafts-, Kultur-, und Identitätswerte bzw. der Sport-, Kinderbetreuungen in Schulangelegenheiten und nicht zuletzt der Integration der türkischen und deutschen Gesellschaften der Stadt Wuppertal sowie andere Unternehmen, welche durch die o.g. Gruppen organisiert worden sind und noch organisiert werden.

Ich bitte Sie um Berücksichtigung des vorliegenden Antrages für die am 31.05.1990 stattfindenden Sitzung des Ausländerbeirates und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

i.A. *Celal Toğlukdemir*

Celal TOGLUKDEMIR

DIE GRÜNEN/Internationale Liste

Wuppertal, 11.05.1990

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Informationen der Stadtverwaltung in ausländischer Sprache

DIE GRÜNEN/Internationale Liste beantragen, der Ausländerbeirat möge beschliessen:

Der Ausländerbeirat ersucht die Verwaltung, Informationsfaltblätter in Zukunft auch in fremdsprachiger Fassung zu erstellen.

Begründung

Eine Vielzahl wichtiger Informationsblätter und -broschüren konnte sich bislang dem ausländischen Bevölkerungsteil nicht oder nicht ausreichenderschliessen. Dies gilt insbesondere für die Mitteilungen des Straßenreinigungs- und Fuhramtes (Informationen zur geänderten Sperrmüllabfuhr, Getrenntsammlung von Altglas und Altpapier, Schadstoffsammlungen) sowie für die "Umweltschutz-Infos", aber auch für andere Veröffentlichungen der Stadtverwaltung. Übersetzungen in die Hauptsprachen (türkisch, italienisch, griechisch, serbokroatisch, spanisch, polnisch, etc.) würde zu einer besseren Informationen und zu einem besseren - im konkreten Fall, umweltfreundlichem Verhalten - der ausländischen Bürger/Innen führen.

Mit ausländerfreundlichen Grüßen

Gordana Lutz

Gordana Lutz



DIE GRÜNEN/Internationale Liste

Wuppertal, 11.05.1990

Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Sitzungsorte/Fragestunde

Stadt Wuppertal	
Koordinationstelle für Ausländerangelegenheiten	
Dtgg:	14. MAI 1990
Anl.	DM <i>He</i>

DIE GRÜNEN/Internationale Liste beantragen, der Ausländerbeirat möge beschliessen, Sitzungen des Gremiums in Zukunft an wechselnden Tagungsorten abzuhalten und in jeder Sitzung eine "Fragestunde" durchzuführen. Diese Neuregelung ist öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen.

Begründung

Die öffentlichen Sitzungen des Ausländerbeirates wurden bislang im Ratssaal des Rathauses Barmen abgehalten. Die Resonanz der Öffentlichkeit war dabei bedauerlicherweise gering.

Im Sinne einer "Bürgernähe" bieten Sitzungen des Beirates "vor Ort" (z.B. Elberfelder Nordstadt, Volkshochschule, "Börse", Arrenberg etc.) die Chance konkreter Arbeit.

Gleichzeitig sollten Ausländer/Innen zu Beginn einer jeden Sitzung die Möglichkeit haben, sich mit Fragen/Anregungen an den Beirat zu wenden.

Mit ausländerfreundlichen Grüßen

Gordana Lutz

Gordana Lutz

TÜRKIYE SOSYAL TARAFI

Ausländer in der SPD

Geschäftsstelle Robertstraße 5 5600 Wuppertal 1

14.05.1990

An den Vorsitzenden des Ausländerbeirates
Herrn Arif Izgi



Zur Sitzung des Ausländerbeirates am 31.05.1990

Sehr geehrter Herr Izgi,

Anfrage an der Verwaltung:

In der Vergangenheit hat der Ausländerbeirat, in mitbenutzung mit dem Sozialgericht, ein grosses Sitzungszimmer (#105) im Verwaltungsgebäude Neumarkt (Elberfeld). Heute, nicht mehr? Was ist damit passiert.

1. Mit welche Begründung dürften der Ausländerbeirat das Zimmer nicht mehr benutzen.
2. Wer oder welche Instanz hat darüber zu entscheiden.
3. War der Ausländerbeirat formal darüber informiert?
Wer? Wann? Wie? Wo ist es Protokolliert?

Halil Tecer

Fraktionssprecher

Anastassia Kalpaki-Georgoulaki , Griechische Gemeinschaftsliste
Claudio Li Mura, Kulturpalast Wuppertal International
Halil Tecer, Ausländer in der SPD

An die
Geschäftsstelle des Ausländerbeirates
Neumarkt 10
5600 Wuppertal 1



Wuppertal, 14.5.1990

Antrag für die Sitzung des Ausländerbeirates am 31.5.1990

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantragen wir, daß der Ausländerbeirat in seiner Sitzung am 31.5.90 folgenden Beschluß faßt : Der Ausländerbeirat ist mit der Einführung eines Aufnahmegerätes während seiner Sitzungen einverstanden. Für die Aufbewahrung der Kasseten sollte die Verwaltung die notwendige Vorkehrungen treffen.

Begründung

Wie bei der Protokolführung der Sitzungen von Ausschüssen der Stadt Wuppertal sollte auch zur Unterstützung unseren Protokolführers die Benutzung eines Aufnahmegerätes möglich sein. Damit könnten z.B. nach einer Sitzung eventuelle Mißverständnisse aufgeklärt werden.

gez.
Anastassia Kalpaki-Georgoulaki

gez.
Claudio li Mura

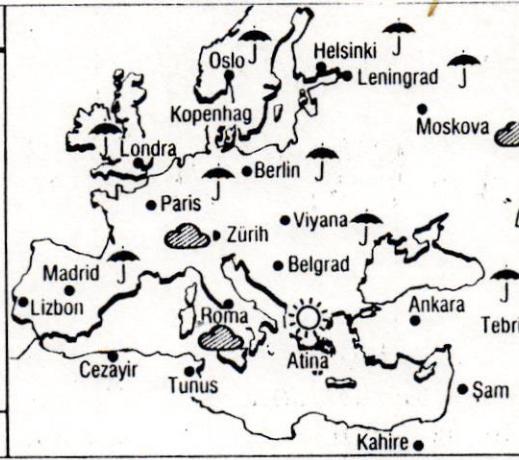
gez.
Halil Tecer

TÜRKİYE SOSYALİSTİK İSTİSMARŞI
TÜSTAN ARŞİVİ

Lunhuş i yet 5 Haziran 90

TÜRKİYE'DE BUGÜN

Adana	A 30° 14°	Diyarbakır	B 28° 9°	Manisa	A 28° 16°
Adapazarı	B 24° 11°	Edirne	A 25° 14°	K. Maraş	A 29° 13°
Adıyaman	A 26° 12°	Erzurum	Y 23° 8°	Mersin	A 29° 17°
Afyon	F 24° 6°	Erzurum	Y 20° 2°	Muğla	A 25° 10°
Ağrı	Y 21° 3°	Eskişehir	B 23° 7°	Muş	B 25° 7°
Ankara	Y 20° 6°	Gaziantep	A 28° 13°	Niğde	B 22° 6°
Antalya	A 28° 18°	Giresun	Y 18° 12°	Ordu	Y 18° 12°
Artvin	A 28° 13°	Gümüşhane	Y 20° 9°	Rize	Y 18° 12°
Aydın	Y 20° 11°	Hakkâri	B 28° 17°	Samsun	Y 17° 12°
Balıkesir	A 29° 17°	Isparta	A 24° 8°	Siirt	A 31° 16°
Bilecik	B 26° 13°	Istanbul	B 21° 11°	Sinop	Y 19° 13°
Bingöl	B 24° 13°	Izmir	A 28° 16°	Sivas	Y 18° 3°
Bitlis	B 25° 7°	Kastamonu	Y 28° 6°	Trabzon	B 20° 10°
Bolu	Y 18° 6°	Kayseri	Y 18° 3°	Tunceli	B 24° 8°
Bursa	B 25° 13°	Kırklareli	A 26° 13°	Uşak	A 25° 8°
Çanakkale	A 28° 14°	Konya	B 23° 6°	Van	B 25° 7°
Çorum	Y 18° 6°	Kütahya	A 25° 7°	Yozgat	Y 19° 4°
Denizli	A 26° 11°	Malatya	B 23° 7°	Zonguldak	Y 19° 13°



DÜNYA'DA BUGÜN

Amsterdam	B 19°	Leningrad	A 22°
Arman	A 30°	Londra	Y 18°
Afina	A 25°	Madrid	Y 28°
Bağdat	A 35°	Milano	A 25°
Barcelona	Y 26°	Montreal	A 27°
Basel	Y 17°	Moskova	B 21°
Belgrad	A 25°	Münih	Y 19°
Berlin	Y 18°	New York	Y 29°
Bonn	Y 18°	Oslo	Y 17°
Brüksel	B 21°	Paris	B 19°
Budapeşte	Y 17°	Prag	Y 18°
Cenevre	B 19°	Riyad	A 39°
Tezayir	Y 27°	Roma	A 26°
Cidde	A 36°	Sofya	B 21°
Dubai	A 40°	Şam	A 31°
Frankfurt	B 22°	Tel Aviv	A 25°
Girne	A 26°	Tunus	A 30°
Helsinki	Y 20°	Varşova	A 16°
Kahire	A 28°	Venedik	Y 21°
Kopenhag	Y 17°	Viyana	A 18°
Köln	Y 18°	Washington	Y 30°
Lefkoşa	A 30°	Zürich	A 19°

AN
MUST
Siva

"Ermen
uçü, 29 ni
oluyor. Ya
nuya eğil
Ermeni
yazdığı m
yetim old
le diyor m
"Sayın

Cumhu
züm mü
ilgi ile iz
ifade ed
diye kad
meraki i
objektif
dum.
Bu ko
leridir, n
nuyu ek
aramak
tir.

Eğer
suzluk
linmesi
yapılac
şillik s
denli fe
içinde
yan bu
şiya ge
bir ten
Olay
in söz
— E
yanlış
Ben
sırt sı
ken se
nice b
güne
nerey
Dür
kimse
yüller
yılard
esasi
kunm
gibi b
lerini
şim o
Ön
Erme
nuya
deny
olum
karş
den d
re d
Bu
mün
inan
yab
G
miz
S
191
dü.
Q
dal
An
nü
sek
ca)

TARTIŞMA

İçerideki Gazeteciler ve Açlık Grevi

Eğer baskıcı bir toplum olmaktan çıkmak isteniyorsa siyasal baskı aracı olarak uygulanan işkenceye son verilme isteniyorsa düşüncelerin serbest açıklanmasının ve örgütlenmesinin güvenilir ortamı sağlanmak isteniyorsa kısacası, demokratikleşme ve özgürleşme doğrultusunda ciddi adımlar atılmak isteniyorsa, 141 ve 142 kaldırılmalıdır.

Çanakkale ve Bartın cezaevlerindeki gazetecilerin başlattığı açlık direnişi, 141 ve 142'nin tartışılmasını yeniden gündeme getiriyor.

Kimi yetkili çevrelerin, bunların "gerçek" anlamda gazeteci olmadığını, kimi illegal örgütlerin yayın organlarının yazı müdürleri olduklarını, kulaklara fısıldadıkları biliniyor. Bununla duyumsatılmak istenen şu: "Bu örgütler şiddet örgütleri. Bunlar da düşünce suçlusu değil."

Eskilerin deyişle neşteri, tam da buraya vurmak gerekiyor.

Türkiye, bugün, niçin insan hakları ve demokrasi açısından "geri" bir ülke olarak "geleliyor"? Çünkü 141 ve 142, yalnızca sosyalizmin öğrenilmesini engellemedi, ülkenin demokratik olmayan yapılanmasının medyasını oluşturdu. Toplum, sınıfsal ve düşünsel olarak sürekli kutuplaşarak kalmadı, baskıcı bir sistemi de "demokratik" yaşamanın ayrılmaz ögesine dönüştürdü. Solun özgürleşmesi, yani gerçek anlamda demokratik bir toplum olmak, topluma, sürekli olarak bir "tehlike" olarak algılatıldı.

141 ve 142, Türkiye'nin karabasıdır. Demokratikleşmenin önündeki belirleyici engel dir. Özgürleşmenin engelidir. Baskıcı bir toplum olmanın dayanağıdır. Ülkenin, bağımlı ekonomik yapılanmaya sürüklenişinin ardından 141 ve 142'nin olumsuzlukları gizlidir. Dış sermayenin bir eklentisi ve tamamlayıcı olarak bağımlı ekonomik yapılanmadan özerk bir yapılanmaya yönelmemenin ardında, 141 ve 142'nin neden olduğu bilimsel erozyon gizlidir. Çağın kavramaktan yoksun düşünce küçeliğinin, fikir kısırlığının ardında, gene bu maddelerin baskıcı etkisini aramak yanlış olmaz.

Gazetecilerin açlık grevi, kişisel değil toplumsal sorunlardan kaynaklanıyor. Demokratikleşme özemlerinin ağır bastığı bir dönemde demokratik olmayan, faşist kökenli ve kimlikli bir baskılanmayı, yeni bir boyutta dile getiriyor.

Zamanlaması da haklılığını pekiştiriyor. TBKP yöneticilerinin 141 ve 142'nin kaldırılması amacıyla başlattıkları ölüm orucu, bu maddelerin ilgili bakanlıkça gündeme alındı-

ğına ilişkin haberler nedeniyle sona erdirildi. Ne var ki siyasal iktidar, 141 ve 142'yi gündemden uzaklaştırmaya, yani yeniden bu maddelerin bulundurulduğu soğutucuyu çalıştırmaya başladı. Oysa, 141 ve 142 açısından, gün demde bulunan "acı" iki sorun daha vardı:

Birincisi, on yılı aşkın bir süredir içeride bulunan 141 ya da 142'den hükümlü olanların, bu maddelerin kaldırılmasıyla birlikte tahliyeleri; ikincisi, giderek artan gözaltı, işkence ve tutuklamalarla kendini duyumsatan baskının, gene bu maddelerin kaldırılmasıyla önemli ölçüde sona ereceği beklentisi.

Örneğin İHD Ankara Şubesi'nde toplanan 18 Mayıs 1990 günlü bilgilere göre Ankara Merkez Cezaevi'nde, sol siyasal tutuklu sayısı, sıkıyönetimin kalkmasından bu yana ilk kez 50 sayısını aşıyor ve 174'e yükseliyordu. Nevruz günü Gösteri ve Yürüyüş Yasası'na aykırı etkinlikten tutuklu bulunan 21 kişinin dışındakilerin tümü 141, 142'den tutukluydular.

Bu baskılama, 141 ve 142'nin varlığından kaynaklanıyor. Kaldırınız 141 ve 142'yi, illegallikle suçlanan nice kişi, ya legal-yasal bir konumda olacak ya da yasal örgütlerden biri içinde yer alacak. Bu, tümünün yasallaşacağını ya da tümünün yöntem olarak şiddeti bırakacağını söyledığımız anlamına gelmemeli. Ama şiddeti olduğu kadar, örgütlü şiddeti mahkum edecek yeteri kadar yasa maddesi var. Tüm ilerici devinimleri (hareketleri), örgüt olarak ve bu örgütleri de şiddet örgütü olarak niteleyerek baskıyı, istendiği ölçüde yaygınlaştırıp yoğunlaştırmak demokratik bir yöntem olamaz. Bir başka deyişle 141 ve 142, ülkede, ilerici emekçiler üzerinde baskıyı, günün değişen koşullarına göre özel ve keyfi olarak arttırmanın olanağını sağlamıştır. Böyle bir hukuk devleti olamaz.

Eğer baskıcı bir toplum olmaktan çıkmak isteniyorsa siyasal baskı aracı olarak uygulanan işkenceye son verilme isteniyorsa düşüncelerin serbestçe açıklanmasının ve örgütlenmesinin güvenilir ortamı sağlanmak isteniyorsa, kısacası, demokratikleşme ve özgürleşme doğrultusunda ciddi adımlar atılmak isteniyorsa 141 ve 142 kaldırılmalıdır. Bu yasaların kaldırılmasından boşluklar doğması olası de-

ğildir. Ancak geleneksel olarak ülkeyi, baskıcı yöntemlerle yönetmeye alışmış olanlar, 141 ve 142'nin kaldırılmasından doğacak boşlukların baskı yapma özgürlüğünü sınırlayacağını düşünerek tedirgin olabilirler. Ama, kendisi gibi düşünmeyi gece yarısı yatağında almak, gözlerini bağlayıp işkencehaneye atmak, en iğrenç işkencelerden geçirmek özgürlüğü dönemi kapanmalıdır. Yeni düşüncelere yakınlık duyan ortaokul öğrencisinin saçını kazıyıp bileklerini zincirleyp zindana tıkamak, farklı şeyler düşünebilmesi için "kaçık" olması gerekir anlayışıyla tımarhaneye göndermek özgürlüğü de tarihe gömülmelidir. Bütün bunlar için de 141 ve 142 kaldırılmalıdır.

Cezaevindeki gazeteciler, açlık grevleriyle kulaklara üflenlen ünlem ve soruları açığa çıkarmaktadırlar.

Sorumlu müdürlüklerini yaptıkları yayınlar, şu ya da bu örgütün yayın organı olsa da gazetedir ya da dergidir. Şiddetin değil düşüncenin aracıdır. Hüküm, yani 101 yıl, 74 yıl, 141 yıl, bu nedenle aynı düşüncelerden dolayı verilmiştir. Soru ve ünlem yan yanadır:

Birincisi, özellikle bugün varsa bu örgütler niçin legal değil? 141 ve 142 kalkmış olsa bunların yasal olmayan bir yönü olmayacak!

İkincisi: madem ki bu dergiler-gazeteler, yasal olmayan şu ya da bu örgütün organı. Yazı müdürü, örgütün üyesi ya da yöneticisi olarak yargılanabilirdi. Böyle bir kanıt yok ise bugün, hüküm kesinleşmiş davalar için bu tür yorumlar yapmak doğru bir yaklaşım değildir. Ama bundan önemli olan, bu insanlar, örgüt üyesi ya da yöneticisi olarak yargılanmış olsalar, hepsinin cezası tamamlanmış olacaktı. İlegal bir örgütün yöneticisi olsalar 8-15 yıl, üyesi olsalar 5-12 yıl hapis cezası alacaklardı. Bir örgüt üyesine, on kez örgüte üye olmaktan ceza verilemez, çünkü bir insan, bir örgüte on kez giremez. Ama bir insana, on yarıdan on kez aynı ceza yinelenerek verilebilir.

Ceza verilirken bu insanlar gazeteci ve yazar olarak kabul edilmiştir; ne var ki cezalar tartışılırken örgüt üyesi olarak düşünülmediler. Olmaz öyle şey.

Binlerce insan bu maddelerden gözaltına alındı.

Binlerce insan bu maddelerden işkence gördü.

Nice insan işkencede yaşamını yitirdi.

Nice insan onlarca yıldır bu maddelerden içeride.

Lütfen beyler, gerçekten "iş bitirici" iseniz, yıllardır elinizde evirip çevirdiğiniz şu işi bitiriverin.

MUZAFFER İLHAN ERDOST
İHD Ankara Şube Başkanı

Önemli husiyet 4 Haziran 90

TÜRKİYE'DE BUGÜN

Adana	A 28° 15'	Diyarbakır	A 34° 15'	Manisa	Y 23° 10'
Adapazarı	Y 20° 10'	Edirne	Y 23° 10'	K. Maraş	A 28° 15'
Adıyaman	A 37° 18'	Erzincan	B 28° 13'	Mersin	A 25° 16'
Afyon	Y 17° 8'	Erzurum	B 26° 6'	Muğla	B 23° 10'
Ağrı	B 26° 6'	Eskişehir	Y 18° 8'	Muş	A 30° 12'
Ankara	Y 19° 9'	Gaziantep	A 27° 10'	Niğde	Y 22° 8'
Antalya	A 26° 18'	Giresun	Y 23° 13'	Ordu	Y 22° 12'
Artvin	A 23° 14'	Gümüşhane	Y 23° 9'	Rize	Y 22° 14'
Aydın	Y 23° 10'	Hakkâri	A 29° 14'	Samsun	Y 21° 12'
Balıkesir	Y 19° 9'	Isparta	A 17° 8'	Siiirt	A 35° 21'
Bilecik	Y 21° 7'	Istanbul	Y 20° 11'	Sinop	Y 17° 10'
Bingöl	Y 19° 8'	İzmir	Y 24° 12'	Sivas	Y 20° 10'
Bitlis	A 30° 12'	Kastamonu	Y 17° 8'	Trabzon	Y 23° 13'
Bolu	Y 17° 8'	Kayseri	Y 23° 9'	Tunceli	A 28° 10'
Bursa	Y 21° 7'	Kırklareli	Y 23° 8'	Uşak	Y 19° 8'
Çanakkale	Y 21° 13'	Konya	Y 21° 8'	Van	A 30° 17'
Çorum	Y 21° 9'	Kütahya	Y 17° 6'	Yozgat	Y 20° 7'
Denizli	B 22° 9'	Malatya	A 29° 12'	Zonguldak	Y 15° 9'



DÜNYA'DA BUGÜN

Amsterdam	Y 17°	Leningrad	A 20°
Amman	A 30°	Londra	B 19°
Atina	A 24°	Madrid	Y 32°
Bağdat	A 40°	Milano	Y 24°
Barcelona	Y 25°	Montreal	A 29°
Basel	Y 17°	Moskova	Y 20°
Belgrad	Y 24°	Münih	Y 20°
Berlin	Y 21°	New York	A 32°
Bonn	Y 16°	Oslo	Y 15°
Brüksel	Y 17°	Paris	B 19°
Budapeşte	Y 23°	Prag	Y 22°
Cenevre	Y 17°	Riyad	A 42°
Tezayir	A 30°	Roma	B 25°
Cidde	A 40°	Sofya	Y 20°
Dubai	A 42°	Sam	A 30°
Frankfurt	Y 20°	Tel Aviv	A 41°
Girne	A 27°	Tunus	A 32°
Helsinki	Y 18°	Varşova	Y 22°
Kahire	A 32°	Venedik	Y 24°
Kopenhag	Y 17°	Viyana	A 19°
Köln	Y 16°	Washington	A 29°
Lefkoşa	A 28°	Zürih	Y 17°

HABERLERİN DEVAMI

Açlık grevi 20 gününde

(Baştarafı 1. Sayfada)
rilebileceği kaydediliyor.
Bu arada çeşitli sendikacı ve yazarlar açlık grevini destekleyen açıklamalar yapıyorlar. 9 şair, yaptıkları ortak açıklamada, "Genel açlık sorununa paralel olarak yeni bir 141-142 açlık türü türedi. Gönlümüz onlardan yanadır" diyerek gazetecilerin eylemini desteklediklerini belirttiler. Açıklamaya imza atan şairler şunlar: Erdal Alova, Atıl Behramoğlu, Süreyya Berte, Cevat Çapan, Arif Damar, Refik Durbaş, Turgay Fişekçi, Ramazan Üner ve Can Yücel.

Son yapılan araştırmalara göre 34 kadar gazeteci, TCK'nın 142, 159, 311 ve 312. maddelerinden toplam 2703 yıla mahkûm olmuş bulunuyor. Bu gazetecilerin büyük bölümü halen Türkiye'nin çeşitli cezaevlerinde "yıllarını dolduruyorlar", Mustafa Çolak, Nevzat Açıkan, Ali Rabuş ve Hüseyin Ülgen ise cezalarını bitirerek tahliye oldular.

Çanakkale E Tipi Cezaevi'nde bulunan 5 yazar işleri müdürü, 16 mayısta "süresiz açlık grevine" başlarken eylemlerinin nedenini kamuoyuna şöyle açıklamışlardı: "Son aylarda yaşanan gelişmeler ve TBKP liderlerinin salıverilmeleri ile birlikte 141, 142 ve 163. maddeler konusunda yeni bir niteliksel durum ortaya çıkmıştır. Gelinek noktada artık söz konusu maddelerin hiçbir dayanağı, toplumsal, siyasal ve ahlaki bakımdan hiçbir hükmü kalmamıştır. Bu durumu protesto etmek ve söz konusu yasaların tümüyle ortadan kaldırılması için süresiz açlık grevine başlıyoruz."

Üç sendikacı ile birlikte 16 mayısta açlık grevini başlatan 5 yazar işleri müdürünün adları, dergileri ve cezaları şöyle: Erhan Tuskan (İlerici Yurtsever Gençlik / 123

Yıl), Fikret Ulusoydan (Halkın Sesi / 66 yıl), Mehmet Özgen (Bağımsız Türkiye / Milîtan / 41 yıl), Kazım Arlı (Kurtuluş / 23 yıl), İrfan Aşık (Partizan / 36 yıl).

Ayrıca diğer cezaevlerindeki mahkûm gazeteciler de açlık grevlerini sürdürüyorlar. Bunlar arasında Bartın Cezaevi'nde bulunan ve Türkiye'de "yayın cezası rekortmeni" durumunda olan Halkın Kurtuluşu Yazı İşleri Müdürleri Veli Yılmaz (748 yıl) ve Os-

man Taş (661 yıl) yer alıyor. İki gazeteci, bugün açlık grevinin 15. gününde giriyorlar. Bismil Kapalı Cezaevi'nde 23 tutuklunun açlık grevi 12. gününde, Malatya E Tipi Cezaevi'nde Orhan Aydın ve Hasan Karaoğlan'ın grevi ise 25. gününde.

2000'e Doğru dergisinde yayımlanan bir listeye göre çeşitli maddelerden hüküm giymiş olan gazeteciler, yayın organları ve cezaları şöyle:

Hükümlü gazeteciler

GAZETECİ	YAYIN ORGANI	CEZASI YIL/AY
1 Alaattin Şahin	Halkın Yolu	130
2 Ersan Sarıkaya	Güney	7/6
3 Veli Yılmaz	Halkın Kurtuluşu	748
4 Osman Taş	Halkın Kurtuluşu	661
5 Fikret Ulusoydan	Halkın Sesi	66
6 İker Demir	Kitle	36
7 Mete Dalgin	Halkın Birliği	30
8 Remzi Küçükertan	D. Proletarya	7/6
9 Bektaş Erdoğan	Kitle	36
10 İrfan Aşık	Partizan	36
11 Feyzullah Özer	Kitle	17/6
12 Hüseyin Ülgen	Genç Sosyalist	12/3
13 Ali Rabuş	Birlik Yolu	18
14 Erhan Tuskan	İlerici Yurtsever Gençlik	123
15 Candemir Özer	Savaş Yolu	23/10
16 Mehmet Özgen	Bağımsız Türkiye	41
17 Nevzat Açıkan	Halkın Kurtuluşu	21/7
18 Mustafa Çolak	Özgürlük	9/3
19 Ayhan Erkan	Kıvılcım	25
20 M. Reşat Güvenilir	Emeğin Birliği	29/9
21 Güzel Aslaner	Halkın Birliği	146
22 Mehmet Çoban	İktibas	7/6
23 Hacı Ali Özer	Emeğin Birliği	7/5
24 Kazım Arlı	Öncü İleri	23/6
25 Mustafa Dum	İleri	15
26 Mustafa Eker	Kurtuluş	13/5
27 Recep Maraşlı	Komal Yayınları	36
28 Hasan Selim Açıkan	Halkın Kurtuluşu	307/6
29 Çelik Malkoç	Yeni Çözüm	7/6
30 Ertuğrul Mavioğlu	Yeni Çözüm	3
31 Fuat Musaoğlu	Vardiya	7/3
32 Kubilay Akpınar	Güneşe Çağrı	7/6
33 Osman Güneş	Emek Dünyası	6/3
34 Mehmet Ali Kutlu	Sosyalist Dergisi	30

26 kişi

(Baştarafı 1. Sayfada)

Mardin'in Dargeçit ilçesinde, Diyarbakır E Tipi Cezaevi'ndeki açlık grevini desteklemek için kaymakamlık binası önünde oturma eylemi yapmak isterken gözaltına alınan ve Mardin'e götürülen tutuklu ve hükümlü yakın 23'ü kadın 26 kişinin bugün adli makamlara sevk edilecekleri bildirildi. Gözaltına alınan ve Dargeçit 2. Piyade Taburu'nda tutulan diğer kadınların sorgulaması ise sürüyor.

SHP Diyarbakır Milletvekili Hikmet Çetin, "Olayın neden kaynaklandığını bilmiyoruz. Kim organize ediyor, onu da bilmiyoruz. Dileğimiz masum yurttaşlara insanca davranılmasıdır" diye konuştu.

SHP Mardin İl Başkanı Mehmet Gülceğün, "Dargeçit'te kadınların gözaltına alınmasını gerektirecek bir durum söz konusu olmadığını" savunarak "Ortada bir suç mahiyeti yoktur. Kadınlarımızın gözaltına alınmasını tasvip etmiyoruz" dedi.

Mardin bağımsız milletvekili Ahmet Türk ise "yöreden sağlıklı bilgi alamadıklarımız" bildirerek şöyle konuştu:

"Vali ve kaymakamlar bilgi almak için aradığımızda telefonlara çıkmıyorlar. Aynı tutum ve olaylar sürerse oraya gidip halkın acısını paylaşacak, gerekirse birlikte açlık grevine başlayacağız. Çünkü özel tim keyfine göre insanları topluyor, götürüyor. İnsanlar tamamen polislerin insafına bırakılmıştır. İnsanları zorla susturmak gibi baskıcı yaklaşımların kimseye yararı olmaz."

Olağanüstü Hal Bölge Valiliği yetkilileri, Dargeçit olayları soruşturmasının Mardin Valiliği ve Dargeçit Kaymakamlığı tarafından yürütüldüğünü belirterek "konu adli makamlara intikal ettirilmiştir" dediler.

Yasal TBKP için

(Baştarafı 1. Sayfada) yetkilileri "kendilerinin sürekliliği görev başında olduğunu, başvuru için

işbölümünde ve dünya ve bölge barışını korumada etkili ve saygın bir yer kazandırmak, TBKP'nin

Fetullah Gülen'in Erzurum çıkarması

POLİTİKA MEHMET

Dikkat

Eskiden, h... kokul zorunlu... zalandırıldı. güçlük göster... kamlar isteniy... lımı da böyle... Köy Enstitü... rinde dursaydı... mokrasi de ye... Köy Entitü... Başaran 'Köy... ba'nın konuşı... "Bizi araya... hırsızlık, eşkı... larımız okuy... "Artık siz k... Yaşlı köylü... "Okuma ya... rek, körlükter... Her ülkenin... ma parasız ol... ması isteniy... buna alışmış... Gazetede c... Güney Yeme... ma yüzde üç... kapitalizmi... Yemen den... daha dönmez... nedendir?" d... tatlı yanından... "Kahve Yen... Bülbül çem... Ak topuk, k... Her gün ha... Köy Enstitü... ların bir gün... dönüp bakıyo... ülkeler bile k... mi kuramıyor... Şurası açık... dıkça da aşıç... mak, çağdaş... laşmak istedi... duyuguzdur... dir? Bu eğilim... yi yıllardır k... mişiz... Bir de... zeyden gelece... kulan mağara... hangi öcüyle... Geriye gen... gelmesin diye... çözümleyelim... züm yolu değ... yağ sürüyor... medik, aile ş... sonuca varan... Perde geris... kıs kıs gülüyö... bulurlar. Ama... sız çözümler... diyor, aman c...

ÇALIŞMA SORULARI

VERLEGER IM GEFÄNGNIS VON ÇANAKKALE TRATEN AM 16.MAI.1990 IN EINEN
UNBEFRISTETEN HUNGERSTREIK

AUFRUF AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

25..Mai.1990

Verbreitung seiner Gedanken und Sich auf dieser Grundlage Organisieren gehören zur Grundeigenschaften des Menschen, der ein gesellschaftliches Wesen ist. Die Gesichte der Menschheit ist auch die Geschichte der Emanzipation der Gedanken und der Verbreitung der Organisationen. Deshalb ist das Recht auf Meinungsfreiheit und der Organisation sowohl die Bedingung als auch das Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung und der Zeitgemässigkeit.

Unser Land lebt wie in vielen Gebieten auch hinsichtlich des Rechtes auf Meinungs- und Organisationsfreiheit hinter dem Zeitalter. Nicht die Freiheiten, sondern Verbote und Repressionen bestimmen unser gesellschaftliches und politisches Leben.

Die Türkei behält die Schande bei, das Recht auf Meinungs- und Organisationsfreiheit als einen "kriminellen Akt" anzusehen. Zahlreiche progressive Menschen, Demokraten und Sozialisten, die aufgrund der berüchtigten Paragraphen 141 und 142 und anderen mittelalterlichen, rassistischen und faschistischen Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches verurteilt worden sind, befinden sich seit langen Jahren in Gefängnissen. Diese Paragraphen sind besonders für die sozialistische Presse ein Demoklates-Schwert. Neue Verhaftungen aufgrund dieser Paragraphen dauern an, wie im Fall von Dr.soz.İsmail Beşikçi, einem Wissenschaftler.

Mit Gewalt wird ein Volk daran gehindert, sein unverzichtbares Recht, in seiner Muttersprache zu sprechen und lernen, seine Kultur zu pflegen und entwickeln, in Anspruch zu nehmen. Tausende Demokraten, Revolutionäre, die für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes kämpfen, werden massenweise in die Kerker geworfen. Während man die Paragraphen 125 und 171 rücksichtslos anwendet, werden nationale Unterdrückung und Gewalt durch Spezialdekrete heraufbeschwört.

Auf der einen Seite laufen die Putschisten und Folterer des 12. Septembers frei herum, auf der anderen Seite befinden sich Tausende Revolutionäre in den Kerkern, die von den Gerichten der Putschisten aufgrund des Paragraphen 146 des türkischen Strafgesetzbuches, der scheinheilig die Putsche verhindern sollte, zur Todesstrafe oder zur lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt worden sind.

Die elementarsten Rechte der Werktätigen werden mit den Füßen getreten, die Streiks werden durch Dekrete verboten. Das Verbot auf den 1. Mai sowie die Feindschaft gegen ihn dauern an.

Alle gesellschaftlichen und politischen Verbote haben wegen ihrer inhaltlichen Logik einen Selbstwiderspruch. Ein Teil der Verbotskette der abgeschafft wird, setzt auch die anderen Teile in Bewegung. Das ist der Grund, warum die Regierung und die herrschenden Kräfte die Abschaffung der Paragraphen verzögern, die die Meinungs- und Organisationsfreiheit verbieten, obwohl in der Gesellschaft sowie in Parlament eine starke Tendenz für deren Abschaffung entstanden ist.

Die Ereignisse der letzten Monate und die Freilassung der Führer der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP) brachten eine qualitativ neue Situation hinsichtlich der Paragraphen 141-142-163. An dem Punkt, an den man gelangt ist, haben diese Paragraphen kein Fundament, keine gesellschaftliche, politische und moralische Gültigkeit mehr.

Jetzt wird gesagt, dass die Türkei sich von einer Schande befreit hat. Nein! Die Schande ist nicht zu Ende, sie dauert in einer vervielfachten Weise an. Das Grundprinzip der Rechtsprechung, das Prinzip der Gleichheit wird heute sogar formell mit den Füßen getreten. Zahlreiche Menschen, die aufgrund dieser Paragraphen verurteilt worden sind, deren Ungültigkeit mit den Urteilen der Gerichte bestätigt worden sind, befinden sich immernoch in den Kerkern.

Wir, die sich in der Strafvollzugsanstalt Çanakkale vom Typ E befinden und deren Namen unten stehen, treten am 16. Mai 1990 in einen unbefristeten Hungerstreik, um diese Lage als Menschen und Revolutionäre, die aufgrund der Paragraphen 141-142 verurteilt worden sind, zu protestieren, die Abschaffung dieser Paragraphen zu erreichen und dieses Spiel zu vereiteln.

Wir sind uns bewusst, dass die Freiheiten nicht teilbar sein können und dass die Paragraphen 141-142-163 nicht die einzige Schande der Türkei sind, Wir sind uns bewusst, dass man die Demokratisierung der Türkei nicht von der Lösung der kurdischen Frage, von der Erklärung der Ungültigkeit aller Urteile der Gerichte vom 12. September mit all ihren Folgen, von der Abschaffung der Todesstrafe, von der Aufhebung des Zensur- und Deportationsdekrets, von dem Beenden der Verletzung der Menschenrechte und Folterungen und von der uneingeschränkten Realisierung der Menschenrechte und Grundfreiheiten trennen kann.

In diesem Rahmen appellieren wir an alle Demokraten, Sozialisten, an die nationale und internationale Öffentlichkeit, unsere Aktion für Freiheit und Demokratie zu unterstützen.

ERHAN TUSKAN, Zeitschrift "İlerici Yurtsever Gençlik", wurde zu 123 Jahren Gefängnis verurteilt, seit 10 Jahren im Gefängnis.

İRFAN AŞIK, Zeitschrift "Partizan", zu 111 Jahren Gefängnis verurteilt, seit 10 Jahren im Gefängnis.

HASAN FİKRET ULUSOYDAN, Zeitschrift "Halkın Sesi", zu 66 Jahren Gefängnis verurteilt, seit 10 Jahren im Gefängnis.

MEHMET ÖZGEN, Zeitschrift "Devrimci Militan", zu 43 Jahren Gefängnis verurteilt, seit 10 Jahren im Gefängnis.

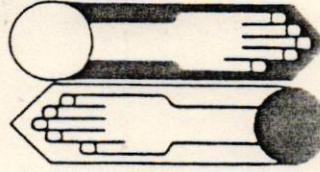
KAZIM ARLI, Besitzer der Verlags "Öncü", zu 22,5 Jahren Gefängnis verurteilt, seit 5 Jahren im Gefängnis.

MUSTAFA DİNÇ, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Presse (DİSK), zu 10,5 Jahren Gefängnis verurteilt, seit 5 Jahren im Gefängnis.

EMİN TAŞ, verurteilt beim Prozess gegen die Kommunistische Partei der Türkei zu 6 Jahren und 8 Monaten Gefängnisstrafe.

RAİF GÜMÜŞ, verurteilt beim Prozess gegen KURTULUŞ (Befreiung) zu 6 Jahren 8 Monaten Gefängnisstrafe, seit 2 Jahren im Gefängnis.

AKTUELLER BERICHT
ZUR MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT
IN DER TÜRKEI UND TÜRKEI/KURDISTAN



TÜDAY

Türkiye Demokrasi ve İnsan Hakları Dayanışma Derneği
Komela Pistgiri Ji Bo Demoqrati û Mafen Mirovî Li Tirkîyê
Solidarity Association for Democracy and Human Rights in Turkey
Solidaritätsverein für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei



Dr. İsmail Beşikçi

FREIHEIT FÜR DR. İSMAİL BEŞİKÇİ

LABT YALÇIN KÜÇÜK, TUNCA ARSLAN UND DAS KURDISCHE VOLK AUS NUSAYBİN

NICHT ALLEIN !!!

Anschrift : Hohenzollernring 32,
5000 KÖLN 1
Telefon : 0221- 254314
Bürozeiten: Mo.- Fr. 14-19 Uhr

Bankverbindung:
Stadtsparkasse Köln
7322043 (BLZ 370 501 98)

Sehr geehrte Damen und Herren
liebe Freunde und Freundinnen,

in der letzten Zeit wurden in der Türkei die Repressalien sowohl gegenüber dem kurdischen Volk, wie auch gegenüber Persönlichkeiten, Wissenschaftlern und Zeitschriften, die sich für die Kurden eingesetzt haben, verschärft. Allein die Ereignisse der vergangenen Woche beweisen diese stark zunehmende Unterdrückung.

Am **12. März 1990** wurde der bekannte Schriftsteller İsmail Beşikçi wegen seines Buches "Multilaterale Kolonie Kurdistan" erneut mit dem Vorwurf separatistischer und prokurdischer Propaganda verhaftet.

Ebenfalls am **12. März 1990** wurden in Savur (Kreisstadt der Provinz Mardin) 13 kurdische Guerillakämpfer, die meisten von ihnen stammten aus Nusaybin (Provinz Mardin), getötet.

Am **14. März 1990** wurde einer der Toten, Kamuran DüNDAR, in Nusaybin begraben. Aus Solidarität blieben alle Geschäfte geschlossen, die Schulen wurden boykottiert und fast 5000 Menschen haben an dem Begräbnis teilgenommen. Als die Menschen geschlossen vom Friedhof in die Stadt zurückkamen, versuchten Sicherheitskräfte, sie auseinanderzutreiben, woraufhin die Bevölkerung gemeinsam geklatscht hat und so ihren Protest gewaltlos zum Ausdruck brachte. Daraufhin haben die Sicherheitskräfte ziellos in die Menge geschossen, wobei vier schwer verletzt wurden; Şemsettin Çiftçi starb auf dem Weg zur Klinik. Danach wehrte sich die Bevölkerung mit Steinen, wobei 4 Polizisten verletzt wurden.

Der Bürgermeister von Nusaybin, Müslüm Yıldırım, gab am 15. März 1990 beim BBC und der Zeitschrift '2000'e Doğru' eine telefonische Erklärung ab, daß die Sicherheitskräfte für die Vorfälle verantwortlich seien und die Lage sehr bedrohlich sei. Er appellierte an alle, die Bedrohung sehr ernst zu nehmen und sich mit den Menschen aus Nusaybin zu solidarisieren.

Der türkischen Presse selbst wird der Zugang zur Kreisstadt verweigert. Die Presse ist der Auffassung, daß in Kurdistan eine "Intifada" begonnen habe.

In der gleichen Woche wurde Tunca Arslan, der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift '2000'e Doğru' wegen der Titelgeschichte "Lösung für das Kurdenproblem" verhaftet.

Vor kurzer Zeit wurde außerdem der bekannte Wissenschaftler und Schriftsteller Yalcın Küçük vom Staatssicherheitsgericht (DGM) in Malatya zu 4 Jahren und 2 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Auch er wird beschuldigt, nationale Gefühle geschwächt und separatistische Propaganda betrieben zu haben. Während einer Veranstaltung hatte er gefordert, daß auch die Kurden das Recht haben sollen, ihre Muttersprache zu sprechen. Vier weitere Anklagen aus ähnlichen Gründen gegen ihn stehen noch zur Verhandlung an.

In einer Zeit, in der über die Abschaffung der Art. 141 und 142 Strafgesetzbuch (Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung), die aus der italienischen Verfassung unter Mussolini übernommen worden waren, diskutiert wird, werden Beşikçi und Arslan weiterhin deswegen beschuldigt und Küçük bestraft. Diese Praxis steht im krassen Widerspruch zur offiziellen Haltung der türkischen Regierung, ihr Rechtssystem dem westeuropäischen Maßstab anpassen zu wollen.

Wir sind der Meinung, daß das kurdische Volk einer großen Gefahr gegenübersteht und die türkische Regierung versucht, jede öffentliche Äußerung, jede kritische Stimme mit Gewalt zu unterbinden und zu verhindern.

Wir wenden uns an alle demokratischen und humanistischen Menschen und Institutionen, sich mit den Verfolgten und Unterdrückten zu solidarisieren und gegen die Maßnahmen der türkischen Regierung zu protestieren.

Laßt İsmail Beşikçi, Tunca Arslan und Yalcın Küçük und das Volk aus Nusaybin nicht allein!!!

Adressen für Protestschreiben

Ministerpräsident Yıldırım Akbulut
Bakanlıklar - Ankara / Türkei

Justizminister Oltan Sungurlu
Bakanlıklar - Ankara / Türkei

Devlet Güvenlik Mahkemesi
İstanbul / Türkei
(für Beşikçi und Arslan)

Yargıtay Başkanlığına
Ankara /Türkei
(für Y. Küçük)

Adressen für Solidaritätsschreiben

İsmail Beşikçi
Sağmalcılar cezaevi, C Blok 4. Koğuş
İstanbul / Türkei

Müslüm Yıldırım
Belediye Başkanı, Nusaybin- Mardin / Türkei

Yalcın Küçük
Ortadoğu Sitesi 3 Cad. nr. 25
Karakusumlar Köyü - Ankara /Türkei
Tel.: 0090-4-1862728

Tunca Arslan c/o 2000'e Doğru,
Başmusahıp Sok. Nr. 16
Talas Han Kat. 4 Cağaloğlu /İstanbul
Tel.: 0090-1-5138352 5138353

Lebenslauf von Ismail Beşikçi

- 1939 wurde er in Iskilip bei Çorum geboren
- 1961 In Ankara studierte er Politikwissenschaft. In seinem 3. Studienjahr absolvierte er ein Praktikum in Elazığ (Kurdistan). Nach diesem Praktikum begann er mit seinen Forschungen über Kurden
- 1962 schloß er sein Politikstudium in Ankara ab.
- 1962 leistete er seinen Wehrdienst in Bitlis und Hakkari ab (beides -64 in Kurdistan). Während dieser Zeit setzte er seine Forschungen über den Aufbau der kurdischen Gesellschaft fort.
- 1964 Zu Beginn des Jahres arbeitete er als Beamter in Hozat.
- 1964 In den letzten Monaten dieses Jahres trat er eine Stellung als Assistent der Soziologie an der Universität Ankara an.
- 1967 Seinen Titel "Doktor der Soziologie" erhielt er für seine Arbeit "Die soziale Organisation eines Nomadenstammes, der im Winter in Silvan und im Sommer auf den Bergen von Nemrut und Süphan lebt."
- 1967 Gegen Ende des Jahres nahm er an Demonstrationen in verschiedenen Städten und Dörfern Kurdistans teil (Silvan, Diyarbakır, Siverek, Ağrı, Batman,...). Er veröffentlichte eine Analyse über diese Demonstrationen.
- 1968 erschienen weitere Veröffentlichungen über die gesellschaftliche Veränderung der kurdischen Stämme.
- 1969 erschien sein erstes Buch "Sozio-ökonomische Grundlagen und die Struktur Ost-Anatoliens".
- 1970 begann er an der Universität Ankara in der Politischen Fakultät zu arbeiten.
- 1971 Am 24. Juni bekam er die schriftliche Kündigung vom Rektor der Universität Ankara.
- 1971 Am 22. Juli ließ ihn die während des Ausnahmezustands zuständige Militärgerichtskommandatur von Diyarbakır - Siirt festnehmen.
- 1972 Am 2. März wurde die Abteilung für politische Gefangene im Gefängnis von Diyarbakır, in der Beşikçi einsaß, vom Militär mit Gasbomben beschossen. Mit Maschinengewehren wurde durch das Fenster in Beşikçis Zelle geschossen. Dies war ein geplantes Attentat auf sein Leben.
- 1972 Am 2. März wurden auch seine Sachen beschlagnahmt, und er wurde mit 33 weiteren Häftlingen auf 2-Mann-Zellen verteilt.
- 1973 Im Sommer verlegte man ihn für 3 Monate in das Gefängnis von Bitlis.
- 1973 Danach, im Juli verlegte man ihn ins Gefängnis von Adana.
- 1974 wurde er im Zuge einer Generalamnestie freigelassen.
- 1974 veröffentlichte er auch sein Buch "Die Methode der Wissenschaft".
- 1977 wurde sein Buch "Zwangsumsiedlung der Kurden" vom Verlagshaus Komal veröffentlicht.
- 1977 am 24. Mai wurde sein Buch "Zwangsumsiedlung der Kurden" beschlagnahmt und Klage gegen ihn erhoben.

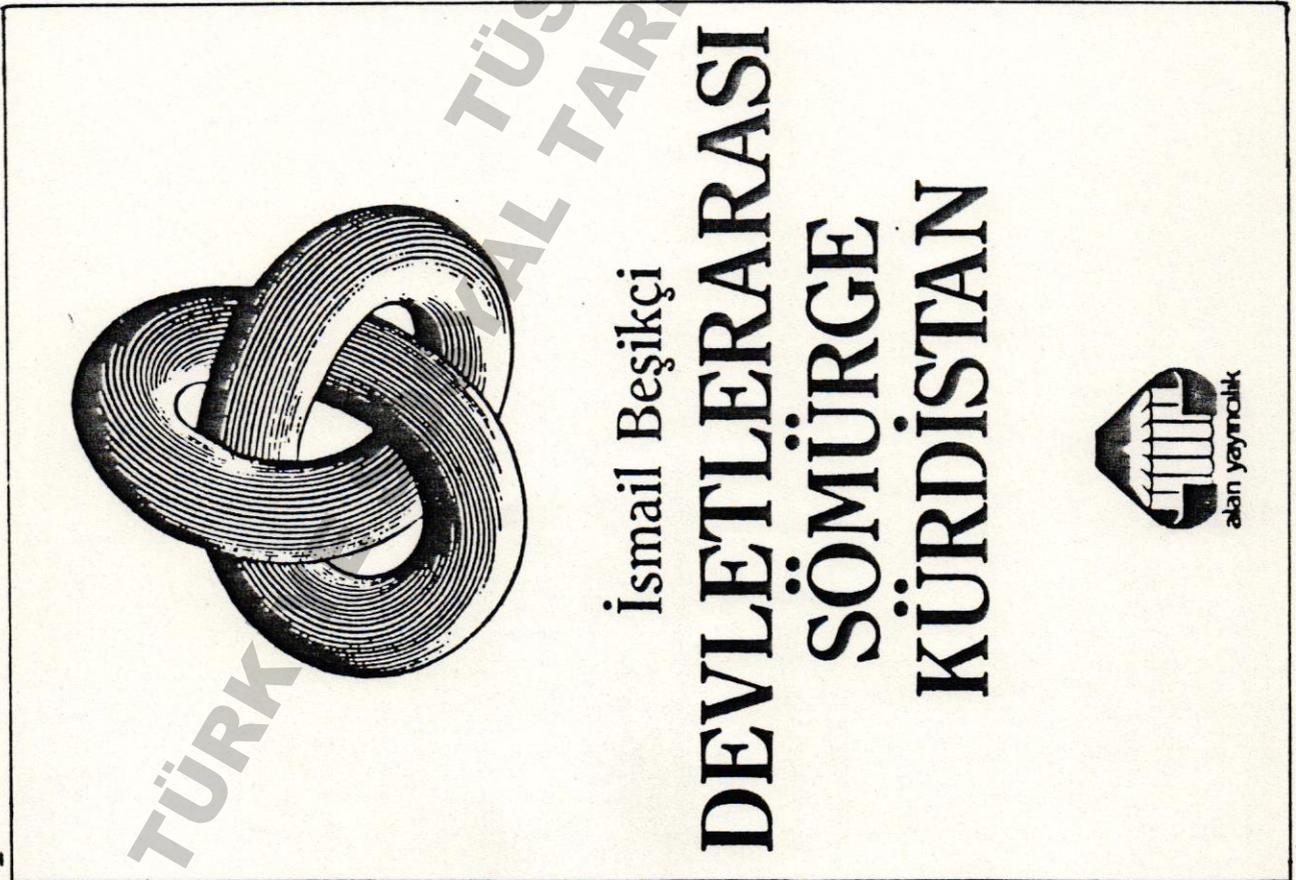
- 1977 In den letzten Monaten wurde das Buch "Das türkische Geschichtsprinzip, die Theorie der Sonnensprache (Es wird behauptet, daß die türkische Sprache über allen anderen steht) und die kurdische Frage" vom Verlagshaus Komal veröffentlicht und sofort beschlagnahmt. Wiederum wurde Anklage gegen Beşikçi erhoben.
- 1978 Am 12. April erging gegen Beşikçi wegen des Buches "Zwangsumsiedlung der Kurden" das Urteil. Es lautete auf 1 1/2 Jahre Gefängnis. Doch da die Unterschrift des Richters fehlte, wurde das Urteil am 10. Juli für ungültig erklärt.
- 1978 Das Urteil für sein Buch "Das türkische Geschichtsprinzip, die Theorie der Sonnensprache und die kurdische Frage" erging am 6. Dezember, es bedeutete 3 Jahre Gefängnis.
- 1979 wurde er kurz vor Ende der obigen Strafe am 6. September noch im Gefängnis erneut verhaftet und ins Gefängnis Topbaşı von İstanbul verlegt.
- 1982 am 23. März wurde İsmail Beşikçi wegen eines Briefes, den er am 14.8.1980 in englischer und französischer Sprache an den schweizerischen Schriftstellerverband aus dem Gefängnis Topbaşı geschickt hatte, mit 10 Jahren erschwerter Haft bestraft. Gleichzeitig mit diesem Urteil erging ein weiteres. Es besagte, daß er nach diesen 10 Jahren für 5 Jahre in die Verbannung nach Edirne gehen und sich unter die Kontrolle eines Sicherheitsbeamten stellen muß.
- 1987 wurde er aufgrund internationalen Drucks freigelassen
- 1989 wurde er erneut wegen einer Erklärung in der Zeitschrift "Özgür Gelecek" in Ankara vor das Staatssicherheitsgericht gestellt, wurde aber überraschend freigesprochen.
- 1990 Im Februar veröffentlichte er sein neues Buch "Multilaterale Kolonie Kurdistan".
- 1990 Am 12. März wurde er vom Staatssicherheitsgericht in İstanbul inhaftiert und erneut unter der gleichen Anklage wie bei früheren Prozessen gestellt.

 Die Daten wurden überwiegend entnommen aus: İsmail Beşikçi, Ein Wissenschaftler im türkischen Gefängnis Berlin 1984

INHALTSVERZEICHNIS

I. Ansichten über die kurdische Identität und über die Identität Kurdistan	7
- Einleitung	9
- Entstehung der Kolonien im 19. Jahrhundert	10
- Politischer Status der kurdischen Nation und Kurdistan - ein Land und eine Nation ohne Identität	11
- Gemeinsame Kolonie Kurdistan	15
- Die Kurdenfrage ist keine Minderheitenfrage	17
- Die Situation der Kurden im Vergleich zur Abschaffung der klassischen Kolonien	19
- Imperialistischer Verteilungskampf über Kurdistan 1915-1925	21
- Kernpunkt der Kurdenfrage: Aufteilung und Verteilung Kurdistan, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik gegenüber der kurdischen Nation	25
- Multilaterale Kolonie Kurdistan	28
- Schlagwörter der Kemalisten	29
- Kurden und die Menschenrechte	30
- Doppelstandard über die Interpretation des Prinzips der "Gleichheit"	30
- Identitätsfrage der kurdischen Intellektuellen	35
- Die Vereinten Nationen und die Kurden	35
- gesellschaftliche und politische Umwälzungen in Kurdistan	38
- Kurdenfrage und GAP (Südostanatolienprojekt)	43
- Die Theorie der "ersten Kugel"	44
- Staatsterror in Kurdistan	46
- psychische und materielle Gründe für das Erstarken der Guerillabewegung	47
- Negative Auswirkungen der offiziellen Ideologie	48
- Das Scheitern der offiziellen Ideologie	50
- Die Ergebnisse der Guerillabewegung	51
- Kolonialistische Praxis und türkische Intellektuelle	55
- Die Notwendigkeit wissenschaftlicher Forschung	58
II. Auffassungen über die "kurdischen herrschenden Klassen"	61
- Angriffe des Staates gegenüber den Kurden	66
- Veränderungen der sozialen Klassen in Kurdistan im 19. Jh.	69
- Scheichs - Diener der offiziellen Ideologie	72
- Prozesse im Osten 1971	75
- Zwei wichtige Tätigkeitsfelder der Militärjunta	77
- Die islamische Ideologie als Mittel gegen die Kurdenfrage	83
- Die Bedeutung der "türkisch-islamischen Synthese" bei der Kurdenfrage	88
- Widerlegung der gesellschaftlichen Struktur des Nationaldenkens und ihrer Wirkung	89
- Die Lage in Süd- und Ost-Kurdistan	94
- Türkische Linke und die Kurdenfrage	95
- Der Begriff "Rassismus der Minderheit"	99
- Die Bedeutung der Diskussion über die Produktionsbeziehungen in Kurdistan	103
- Innendynamik und Außenfaktoren	104
- Vernichtung der heimischen Zivilisation in Amerika durch spanische und portugiesische Kolonialisten	104
- Der europäische Kolonialismus und seine Beziehungen zu Afrika	105
- Beispiel Kurdistan	107
- Imperialistischer Kampf für die Aufteilung Kurdistan im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts	109

- Die Bedeutung der Politik "Aufteilen und regieren"	110
- Die Situation der Bürokraten und Angestellten	113
- Die Situation der Abgeordneten	116
- Kurdische kleine Bourgeoisie	120
- Die Situation von Intellektuellen in einer Kolonie und in einem kolonialistischen Staat - ein Fallbeispiel	122
- SangerInnen	126
- Die Entwicklung des Kapitalismus in Kurdistan und die kurdischen nationalen Organisationen	128
- Ansichten über die Entwicklung des "Ostens"	130
- Sachliche Gründe der Schwächen in der kurdischen Gesellschaft	133
- Aufsätze von Ehmedi Xani, P. Aurganof und Cigerxwin	134
- Arbeitsweisen bei der Viehzucht und die Besonderheiten der Stammesstrukturen	136
- Kurdistan: ein Land auf den Wegen der Okkupationen und Wanderungen	137
- Kurdische Stämme: eine politische Führungsstruktur	140
- Warum ist im Nahen Osten kein kurdischer Staat entstanden? Warum wurde die Politik "Aufteilen und Regieren der Kurden" durchgeführt?	142
- Was ist unter dem Sprichwort: "Die Kurden sind freiheits-süchtig" zu verstehen?	145
- Dorfwachter - ein Zeichen der Schwäche der kurdischen Gesellschaft	148
- Schlußwort: Wie kann die Aufteilung und die Verteilung Kurdistans wieder rückgängig gemacht werden?	



Das Buch wurde noch am Tag des Erscheinens beschlagnahmt!!!

BRIEF VON ISMAIL BESIKCI AN DIE SCHEIZERISCHEN, SCHWEDISCHEN UND
NORWEGISCHEN SCHRIFTSTELLERVERBÄNDE

Am 23. März 1982 wurde I. Besikci wegen dieses Briefes, den er am 14.8.1980 in englischer und französischer Sprache an die Schriftstellerverbände aus dem Gefängnis Topbasi geschickt hatte, mit 10 Jahren erschwerter Haft bestraft.

In der Türkei behauptet die offizielle Ideologie beharrlich und eigensinnig weiter, daß es keine kurdische Nation und keine kurdische Sprache gibt. Eine der grundsätzlichen Eigenarten dieser Ideologie, kurz Kemalismus genannt, ist, daß sie antikurdisch ist. Sie ist rassistisch und kolonialistisch. Und diese offizielle Ideologie wurde den türkischen Universitäten, Justizorganen, politischen Parteien und den Massenmedien wie Presse, Radio und Fernsehen aufgezwungen. Zu ihrer Durchsetzung wurden und werden jegliche ideologischen und auch gewaltsamen Unterdrückungsmittel des Staates angewandt.

Die Universitäten, deren Selbstverwaltung ständig betont wird, die Justizorgane, deren Unabhängigkeit behauptet wird, die Massenmedien, über deren Eigenständigkeit man spricht, Institutionen, die als besonders demokratisch eingestuft werden, haben diese Ideologie ohne Diskussion akzeptiert. Diese Institutionen wurden allmählich zu Begründern und Verkündern dieser offiziellen Ideologie, die sich auf Lügen stützt. Die Schriftstellergewerkschaft der Türkei, deren Mitglied ich bin, ist auch eine ‚demokratische‘ Organisation. Aber auch sie orientiert sich allmählich an dieser offiziellen Ideologie.

Aus diesem Grunde entwickelt sich das Meinungsbild in der Türkei mit doppelter Moral. Türkische Schriftsteller, die Demokraten, ja sogar Kommunisten sein wollen, haben auch eine Doppelmoral. Sie nehmen Befreiungsbewegungen in irgendeinem Land der Welt mit Begeisterung auf, loben sie und bekunden ihre Unterstützung. Aber gegenüber Befreiungsbewegungen irgendwo in Kurdistan nehmen sie eine feindliche Haltung ein. Sie verachten sie. Sie erniedrigen sie, indem sie sie eine Provokation des Imperialismus nennen.

In der Türkei gibt es Zentren, die sich um die Menschenrechte kümmern, es gibt Vereine, die die Menschenrechte schützen und erweitern sollen. Aber keine dieser Gruppen hat bisher Stellung zur Kurdistanfrage und zur Frage der Menschenrechte der Kurden genommen. Sie drücken sich davor, irgendetwas zugunsten der Kurden zu sagen. Aber sie loben dauernd die offizielle Ideologie. Diese Organisationen wollen die kurdische Frage bewußt und mit Absicht nicht begreifen. Und unter diesen Umständen setzt der türkische Staat seine rassistische und kolonialistische Unterdrückung ohne Schwierigkeiten fort. Er hat diese rassistische und kolonialistische Unterdrückung zur alltäglichen Politik gemacht.

Trotz dieser rassistischen und kolonialistischen Politik kann der türkische Staat behaupten, daß er die Menschenrechte achtet. Er kann sogar behaupten, daß die

Türkei eines der wenigen Länder sei, die die Menschenrechte achten. Es ist nützlich, zwei Ereignisse der letzten Tage zu erwähnen: Amnesty International hat einen Bericht über Folterungen und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei veröffentlicht. Die türkischen Staatsfunktionäre weisen diese Behauptungen zurück. Zum Beispiel sagte der türkische Innenminister Mustafa Gülcügil: „Die Türkei ist eines der wenigen Länder, die die Menschenrechte achten“ (s. türkische Zeitungen vom 18.6.1980). Auch der Außenminister Hayrettin Erkmen hat am 23.6.1980 in einem Artikel in Newsweek, den er gegen Bezahlung drucken ließ, ähnliche Behauptungen aufgestellt. Die türkische Presse jedoch reagierte auf diesen Bericht von Amnesty International überhaupt nicht. Sie untersucht die Behauptung der Staatsfunktionäre nicht, trotz der Kurdistanfrage, trotz der Frage der Menschenrechte der Kurden.

Universitätskreise, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Massenmedien usw. erwähnen die kurdische Frage nie. Die Teilung Kurdistans, die Politik des ‚Teilens und Herrschens‘, die gegen die kurdische Nation durchgeführt wird, sind Themen, die die türkischen akademischen Kreise bewußt nie aufgenommen haben.

Die türkische Presse ist in der Kurdistanfrage taubstumm. Aber diese Haltung ist bewußt und wohlüberlegt. Das Ziel ist, diejenigen, die sich für dieses Thema interessieren, zu isolieren, die Wirkung ihrer Meinung zu durchbrechen. Zum Beispiel wurde der Protestbrief Ihrer Organisation vom 8. November 1979 an den Staatsschef Fahri Korutürk und den Premierminister Süleyman Demirel in der türkischen Presse lange Zeit nicht veröffentlicht. Erst am 15. Mai 1980 wurde er in ‚Demokrat‘ in einer kleinen Notiz erwähnt. Auch die Schreiben an diese beiden Personen vom 10. Dezember 1979 über die Unvereinbarkeit der Unterdrückung der kurdischen Nation mit den Menschenrechten fand in der Presse keinen Platz. Die türkische Presse ist bei anderen Themen bestimmt nicht so unempfindlich.

Ohne Zweifel ist der Druck von der staatlichen Seite ein großes Hindernis für die freie Entfaltung der Wissenschaft und der freien Meinung. Die Unempfindlichkeit der Universitäten, der Presse, der Gewerkschaften und ähnlicher Institutionen trägt dazu bei, daß dieser Druck verstärkt wird. Das ist eine Realität.

Das alles zeigt, daß das Problem sehr weit über die Freiheit eines Schriftstellers hinausgeht. **Das Problem ist die Freiheit der kurdischen Nation.** Heute ist Kurdistan eine zwischenstaatliche Kolonie, mitten im Nahen Osten, geteilt und auseinandergetrennt. In dieser Situation ist ihr politischer Status sogar niedriger als der einer Kolonie. Denn in der Türkei wird sogar die Existenz der kurdischen Nation verleugnet. Die Kurden kommen in der Türkei in den Genuß der öffentlichen Rechte in dem Maße, in dem sie türkisiert werden, ihre kurdische Nationalität ablegen. Andernfalls bleiben ihnen Unterdrückung, Schikanen, Kerker.

Aus diesem Grunde ist es von großem Nutzen, den Schwerpunkt mehr auf die Freiheit einer Nation als auf die Freiheit eines Schriftstellers zu setzen. Ich möchte erwähnen, daß Ihre Briefe deswegen mit Respekt aufgenommen werden.

Über alles das hinaus, sehr geehrter Herr Vorsitzender, möchte ich Ihnen und allen Mitgliedern Ihrer Organisation wegen des Interesses an meiner Person meinen Dank aussprechen. Ich wünsche Ihnen Gesundheit, Glück und viel Erfolg.“

Quelle: Ein Wissenschaftler im türkischen Gefängnis, dengö kumel, 1984

Lebenslauf von Yalçın Küçük

Yalçın Küçük wurde 1938 in Iskenderun geboren. Er besuchte das Kabataş-Gymnasium in Istanbul. Yalçın Küçük besuchte die Universität der Politischen Wissenschaften, an der er 1960 sein Diplom in Ökonomie absolvierte.

In seiner Studienzeit war er in mehreren Studentenvereinigungen politisch aktiv. Z.B. war er Vorsitzender der stud. Vereinigung der Universität Ankara, der Vereinigung "nationaler Studenten" der Türkei und der Federation des "Clubes der Gedanken".

Im Jahre 1960 nahm er, bedingt durch die 60er Revolution, eine Stelle im staatlichen Planungsinstitut an. Dort wirkte er an der Ausarbeitung des ersten 5 Jahresentwicklungsplans der Türkei mit und wurde Direktor der Abteilung für langfristige Planung. Für den zweiten 5 Jahresplan erarbeitete Yalçın Küçük das Modell und die grundlegende Strategie.

1966 kam die konservative Partei von Demirel an die Regierung. Özal wurde zum Staatssekretär ernannt und wurde somit auch Direktor des staatlichen Planungsinstitutes. Daraufhin verließ Y. Küçük das Institut und warfortan als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Ankara tätig.

Als Folge des Militärputsches vom 12. März 1971 verlor er seine Anstellung.

Ab diesem Zeitpunkt arbeitete er bei der links-liberalen Zeitung "Cumhuriyet" als Verantwortlicher der Wirtschaftseite und als Wirtschaftskomentator.

Später war er als Berater des Bürgermeisters von Ankara und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Gazi tätig.

Auf Grund des Militärputsches 1980 wurde er abermals vom Dienst suspendiert.

In der links-liberalen Zeitung "Cumhuriyet" hat Y. Küçük unter dem Titel "Sind wir auf dem langen Weg?" eine wissenschaftliche Abhandlung geschrieben, die er später zu seinem Buch "Für eine neue Republik" ausgeweitet hat.

Dieses Buch wurde zum Anlass genommen um Yalçın Küçük zu acht Jahren Haft zu verurteilen, die er im Sultan Ahmet Gefängnis abgesessen hat.

Von diesem Zeitpunkt an war er permanent politischen Repressionen ausgesetzt. Dennoch kritisierte er den türkischen Staat weiterhin. So war er z. B 1984 Mitorganisator der "Pedition der Intellektuellen", die die Freilassung aller politischen Gefangenen der Türkei forderten. Zuletzt stand er wegen Pro-kurdischer Propanda und separatistischer Haltung vor dem Staatssicherheitsgericht. Von diesen Vorwürfen ist er im Mai 1988 freigesprochen worden.

Im AUSLAND hat er an der Yale-Universität "graduate-study s" ausgeführt.

Auch hat er einen Probedienst bei der Weltbank gemacht. In verschiedenen Veranstaltungen hat er die Türkei vertreten.

1968-70 befand er sich an der Birmingham-Universität, wo er am "Centre for Russian and East european study s" wissenschaftlich arbeitete.

Yalçın Küçük beherrscht die russische-,französische- sowie die englische Sprache.

Dr. Ismail Besikci wird in der Art. 142 Absätze 3 und 6 beschuldigt.

Artikel 125

Wer eine Tat begeht, die darauf gerichtet ist, das Gebiet des Staates ganz oder teilweise der Herrschaft eines fremden Staates zu unterwerfen, die Unabhängigkeit des Staates zu beeinträchtigen, die Einheit des Staates zu zerstören oder einen Teil des der Herrschaft des Staates unterliegenden Gebietes von der Verwaltung des Staates abzutrennen, wird mit dem Tode bestraft.

Artikel 140

Der Staatsangehörige, der im Ausland über die innere Situation des Staates unwahre, übertriebene oder auf besonderem Zweck beruhende Gerüchte oder Nachrichten veröffentlicht oder irgendwie den nationalen Interessen zuwiderlaufende Tätigkeiten entfaltet, wird, soweit diese die Reputation und das Ansehen des Staates im Ausland verletzt, mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft.

Artikel 141

1. Mit Zuchthaus von acht bis zu fünfzehn Jahren wird bestraft, wer in der Absicht, die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über andere Gesellschaftsklassen zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse abzuschaffen oder irgendeine der wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen des Landes umzustürzen, Vereinigungen, gleichgültig in welcher Form oder unter welchem Namen, organisiert oder deren Organisation vorbereitet oder die Tätigkeiten solcher Vereinigungen regelt oder befehligt und leitet oder Weisungen erteilt.

Die Todesstrafe wird gegen die Personen verhängt, die einige oder alle Vereinigungen der erwähnten Art befehligen und leiten.

2. Mit Zuchthaus von acht bis zu fünfzehn Jahren wird bestraft, wer in der Absicht, die politischen und rechtlichen Ordnungen des Staates völlig zu beseitigen, Vereinigungen, gleichgültig in welcher Form und unter welchem Namen, organisiert oder deren Organisation vorbereitet oder die Tätigkeiten solcher Vereinigungen regelt oder befehligt und leitet oder Weisungen erteilt.

3. Mit Zuchthaus von acht bis zu fünfzehn Jahren wird bestraft, wer in der dem Republikanismus zuwiderlaufenden Absicht oder in der Absicht entgegen den demokratischen Grundsätzen die Führung des Staates durch eine Person oder Personengruppe zu erreichen, Vereinigungen organisiert oder deren Organisation vorbereitet oder die Tätigkeiten solcher Vereinigungen regelt oder befehligt und leitet oder Weisungen erteilt.

Artikel 142

1. Mit Zuchthaus von fünf bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer in der Absicht, die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über andere Gesellschaftsklassen zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse abzuschaffen oder irgendeine der wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen des Landes umzustürzen oder die politischen und rechtlichen Ordnungen des Staates völlig zu beseitigen, Propaganda, gleichgültig in welcher Art und Weise, treibt.
2. Der gleichen Strafe unterliegt, wer in der dem Republikanismus zuwiderlaufenden Absicht oder in der Absicht, entgegen den demokratischen Grundsätzen die Führung des Staates durch eine Person oder Personengruppe zu erreichen, Propaganda, gleichgültig in welcher Art und Weise, treibt.
3. Mit Gefängnis von fünf bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer aus rassistischen Gründen und in der Absicht, die durch die Verfassung anerkannten öffentlichen Rechte teilweise oder völlig zu beseitigen oder die Nationalgefühle zu zerstören oder zu schwächen, Propaganda, gleichgültig in welcher Art und Weise, treibt.
4. Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer die im Absatz 1 und 2 dieses Artikels vorgesehenen Handlungen lobt, und mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren wird bestraft, wenn dies in Bezug auf die im Absatz 3 dieses Artikels vorgesehenen Handlungen geschieht.
5. Die Strafe wird für diejenigen um ein Drittel erhöht, die die in den vorstehenden Absätzen angeführten Handlungen unter den Personen oder an den Orten begehen, welche in Absatz 6 des Artikels 141 genannt sind.
6. Die Strafe wird um die Hälfte erhöht, wenn die in den vorstehenden Absätzen angeführten Handlungen durch Veröffentlichungsmittel begangen wurden.
7. Entsprechend den Umständen und Besonderheiten des Falles können die Zuchthaus- und Gefängnisstrafen bis auf ein Viertel gemindert werden, wenn ein Täter der in diesem Artikel genannten Straftaten das Verbrechen und die übrigen Täter den zuständigen Behörden anzeigt, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Anzeige der Wahrheit entspricht.

zur Information,
S. Rieger

DIE GRÜNEN

Kreisverband Nürnberg

Karl-Bröger-Straße 32, 8500 Nürnberg 40

Telefon 09 11 / 45 59 84

Geöffnet werktags

14.00 bis 18.00 Uhr

An das Auswärtige Amt

5200 Bonn

Neue Anschrift: Peter-Henlein-Str. 21

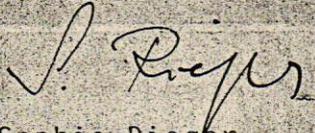
8500 Nürnberg 70, Tel. 42 10 32

den 2.6.1990

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage erhalten Sie Kopien unseres Schreibens
an den Staatspräsident, den Ministerpräsident und den
Justizminister der Türkei zu Ihrer Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Sophie Rieger
für den Kreisvorstand

DIE GRÜNEN

Kreisverband Nürnberg

Karl-Bröger-Straße 32, 8500 Nürnberg 40

Telefon 09 11 / 45 59 84

Geöffnet werktags

14.00 bis 18.00 Uhr

T.C. Cumhurbaskani
Turgut Özal
Cankaya-Ankara
Türkei

Neue Anschrift: Peter-Henlein-Str. 21
8500 Nürnberg 70, Tel. 42 10 32

Nürnberg, den 1.6.1990

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

immer wieder berichten die öffentlichen Medien über Proteste gegen Verhaftungen, Folterungen und unmenschliche Zustände in türkischen Gefängnissen.

Die Türkei ist ein Land, daß sich offiziell verpflichtet hat, die Menschenrechte zu respektieren.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß die politisch verantwortlichen Politiker in der Türkei auch dafür Sorge tragen müssen, daß diese Verpflichtung eingelöst wird.

Wir beziehen uns heute auf die Hungerstreikaktionen, die von 8 politischen Gefangenen in Canakkale durchgeführt wird, und mit der sie seit dem 16.5. auf das Unrecht hinweisen wollen, daß sie wegen politischer, publizistischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit, unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten werden.

Dies zu einer Zeit, wo in Osteuropa die letzten noch vorhandenen Ketten totalitärer Strukturen zerbrochen wurden.

Das Recht der freien Meinungsäußerung, der politischen Betätigung, der Schutz der Anliegen ethnischer Minderheiten, sind Grundvoraussetzungen dafür, daß sich überhaupt demokratische Strukturen entwickeln können.

Wir fordern Sie deshalb auf, dafür zu sorgen, daß diese Grundrechte in der Türkei endlich verwirklicht werden.

Garantieren Sie den Angeklagten gerechte gerichtliche Verfahren und geben Sie denjenigen die Freiheit zurück, die die demokratischen Rechte, die selbstverständlich sind, in Anspruch genommen haben und dafür heute noch im Gefängnis sitzen.

Mit freundlichen Grüßen



Sophie Rieger
für den Kreisvorstand

Abschrift an das Auswärtige Amt in Bonn

DIE GRÜNEN

Kreisverband Nürnberg
Karl-Bröger-Straße 32, 8500 Nürnberg 40
Telefon 0911 / 45 59 84

Geöffnet werktags
14.00 bis 18.00 Uhr

T.C. Basbakani
Yildirim Akbulut
Bakanliklar-Ankara
Türkei

Neue Anschrift: Peter-Henlein-Str. 21
8500 Nürnberg 70, Tel. 42 10 32

Nürnberg, den 1.6.1990

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

immer wieder berichten die öffentlichen Medien über Proteste gegen Verhaftungen, Folterungen oder unmenschliche Zustände in türkischen Gefängnissen.

Die Türkei ist ein Land, das sich offiziell verpflichtet, hat die Menschenrechte zu respektieren.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß die politisch verantwortlichen Politiker in der Türkei auch dafür zu sorgen haben, daß diese Verpflichtungen auch eingelöst werden.

Wir beziehen uns heute auf die Hungerstreikaktion die von 8 politischen Gefangenen durchgeführt wird, und mit der sie seit dem 16. 5 auf das Unrecht hinweisen wollen, daß sie wegen politischer, publizistischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit, unter unmenschlichen Bedingungen in Canakkale gefangen gehalten werden.

Dies zu einer Zeit, wo in Osteuropa die letzten noch vorhandenen Ketten totalitärer Strukturen zerbrochen wurden.

Das Recht der freien Meinungsäußerung, der politischen Betätigung, der Schutz der Anliegen ethnischer Minderheiten, sind Grundvoraussetzungen dafür, daß sich überhaupt demokratische Strukturen entwickeln können.

Wir fordern Sie deshalb auf, dafür einzutreten, daß diese Grundrechte in der Türkei endlich verwirklicht werden.

Garantieren Sie den Angeklagten gerechte gerichtliche Verfahren und geben Sie denjenigen die Freiheit zurück, die die demokratischen Rechte, die selbstverständlich sind, in Anspruch genommen haben, und dafür heute im Gefängnis sitzen.

Mit freundlichen Grüßen



Sophie Rieger
für den Kreisvorstand

Abschrift an das Auswärtige Amt in Bonn

DIE GRÜNEN

Kreisverband Nürnberg

Karl-Bröger-Straße 32, 8500 Nürnberg 40

Telefon 09 11 / 45 59 84

Geöffnet werktags
14.00 bis 18.00 Uhr

TC. Adalet Bakani
M. Oltan Sungurlu
Bakanlikar-Ankara
Türkei

Neue Anschrift: Peter-Henlein-Str. 21
8500 Nürnberg 70, Tel. 42 10 32

Nürnberg, den 1.6.1990

Sehr geehrter Herr Justizminister,

immer wieder berichten die öffentlichen Medien über Proteste gegen Verhaftungen, Folterungen oder unmenschliche Zustände in türkischen Gefängnissen.

Die Türkei ist ein Land, das sich offiziell verpflichtet hat die Menschenrechte zu respektieren.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß die politisch verantwortlichen der türkischen Regierung dafür zu sorgen haben, daß diese Verpflichtung auch eingelöst wird.

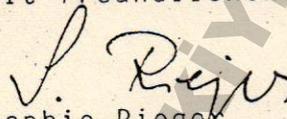
Wir beziehen uns heute auf die Hungerstreikaktion die von 8 politischen Gefangenen durchgeführt wird, und mit der sie seit dem 16.5. auf das Unrecht hinweisen wollen, daß sie wegen politischer, publizistischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit, unter unmenschlichen Bedingungen in Canakkale gefangen gehalten werden.

Dies zu einer Zeit, wo in Osteuropa die letzten noch vorhandenen Ketten totalitärer Strukturen zerbrochen wurden.

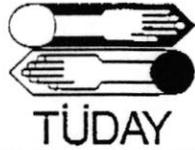
Das Recht der freien Meinungsäußerung, der politischen Betätigung, der Schutz der Anliegen ethnischer Minderheiten, sind Grundvoraussetzungen dafür, daß sich überhaupt demokratische Strukturen entwickeln können.

Wir fordern Sie deshalb auf, dafür einzutreten, daß diese Grundrechte in der Türkei endlich verwirklicht werden. Garantieren Sie den Angeklagten gerechte gerichtliche Verfahren und geben Sie denjenigen die Freiheit zurück, die die demokratischen Rechte, die selbstverständlich sind, in Anspruch genommen haben, und dafür heute im Gefängnis sitzen.

Mit freundlichen Grüßen


Sophie Rieger
für den Kreisvorstand

Abschrift an das Auswärtige Amt in Bonn



Türkiye Demokrasi ve İnsan Hakları Dayanışma Derneği
Komela Pistgiri Ji Bo Demoqrati û Mafen Mirovi Li Tirkiyê
Solidarity Association for Democracy and Human Rights in Turkey
Solidaritätsverein für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei

Basın Açıklaması

Köln, 22 Nisan 1990

TÜDAY, KUTLU VE SARGIN'IN HAKLI EYLEMLERİNİ DESTEKLİYOR

Türkiye Birleşik Komünist Partisi yöneticileri Nihat Sargın ve Haydar Kutlu tutuklu buldukları Ankara Merkez Cezaevinde 6 Nisan'da ölüm orucuna başladılar. Bilindiği gibi, iki komünist politikacı 1988 yılı kasım ayında partilerini legalleştirmek amacıyla yurtdışından Türkiye'ye dönmüşlerdi. O günden beri tutuklu bulunan Sargın ve Kutlu, komünist partilerin legal faaliyetini yasaklayan ve Mussolini dönemi İtalyan Anayasasından alınan TCK'nın 141. ve 142. maddelerine muhalefetten yargı önüne çıkarıldılar ve hala da çıkarılıyor. 29 aydır tutuklu bulunmalarına karşın, serbest bırakılmaları için yapılan başvurular, girişimler sonuçsuz kalıyor.

Bu olayda da Türk Adaletinin tutumunu anlamak güç! Çünkü aynı partinin üyesi kabul edilen ve komünist olduklarını bağıra bağıra söyleyen birçok kişi tutuklanmıyor, tutuklu değil.

Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın eylemleri, kendi partilerinin legalleşmesi kapsamı içinde değerlendirilemez. Bu eylem, aynı zamanda düşünce ve örgütlenme özgürlüğü üstündeki yasakların kaldırılmasına da hizmet ediyor.

Kutlu ve Sargın'ın ölüm orucu, kendi gerekçelendirmelerine göre, 141-142-163'üncü maddelerle ilgili düzenlemelerle Komünist Partisi üzerindeki yasak kaldırılincaya veya kalkacağına açık işaretleri ortaya çıkıncaya kadar veya daha uygun koşullarda mücadele olanaklarına sahip olacakları tahliyelerine kadar, sürecek.

Kutlu ve Sargın'ın bu haklı eylemi desteklenmeli; insan haklarının korunması, demokratik haklar için uğraş verdiğini iddia eden her çevre Kutlu ve Sargın'la dayanışma göstermelidir.

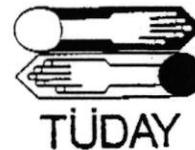
Kutlu ve Sargın'ın eylemi, Türkiye ve Türkiye Kürdistanı'ndaki cezaevlerinde yatan ve ne yazık ki eylemden eyleme anımsanan binlerce politik tutuklunun eyleminin bir parçasıdır.

- Haydar Kutlu ve Nihat Sargın derhal serbest bırakılmalıdır!
- Düşünce ve örgütlenme özgürlüğü üzerindeki her türlü yasak kaldırılmalıdır!

TÜDAY YÖNETİM KURULU

Anschrift : Hohenzollernring 32,
5000 KÖLN 1
Telefon : 0221- 254314
Bürozeiten: Mo.- Fr. 14-19 Uhr

Bankverbindung:
Stadtparkasse Köln
7322043 (BLZ 370 501 98)



Türkiye Demokrasi ve İnsan Hakları Dayanışma Derneği
Komela Pistgiri Ji Bo Demoqrati û Mafen Mirovi Li Tirkiyê
Solidarity Association for Democracy and Human Rights in Turkey
Solidaritätsverein für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei

Presseerklärung

Köln, 23.4.1990

TÜDAY unterstützt den gerechten Widerstand von KUTLU und SARGIN

Nihat Sargın und Haydar Kutlu befinden sich seit dem 6. April beim Todesfasten. Beide TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) Funktionäre waren im November 1988 vom Exil in die Türkei zurückgekehrt, um die illegale kommunistische Partei zu legalisieren. Sie wurden schon bei ihrer Einreise in die Türkei auf dem Flughafen festgenommen und ins Gefängnis eingesperrt, weil die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Gesetzbuches, die vom Mussolini-Strafgesetzbuch übernommen worden sind, die legale Tätigkeit einer KP in der Türkei verbieten. Kutlu und Sargın sind seit über 29 Monaten wegen des Verstoßes gegen die oben erwähnten Paragraphen in Haft und wurden bis jetzt 30-mal vor Gericht gestellt. Die Justizbehörden Behörden lehnen immer noch ihre Freilassung ab.

Bei diesem Fall ist es auch unmöglich, das Vorgehen der türkischen Justiz zu verstehen, weil andere Angehörige dieser Partei und andere Persönlichkeiten, die sich Kommunisten nennen, nicht in Haft sind!

Haydar Kutlu und Nihat Sargın, deren Widerstand nicht nur der Legalisierung ihrer Partei dient, sondern auch ein wichtiger Beitrag für die Aufhebung der Verbote über Meinungs- und Organisationsfreiheit ist, erklärten bei Beginn ihrer Aktion: "Unsere Aktion wird bis zur Abschaffung des Verbots über die kommunistische Partei mit gesetzlichen Regelungen der Paragraphen 141, 142 und 163 oder bis zur Entstehung eindeutiger Zeichen dafür oder/ und bis zu unserer Freilassung, bei der wir bessere Voraussetzungen für unseren Kampf haben werden, dauern."

Wir unterstützen diese gerechtfertigte Aktion. Die Kreise und Persönlichkeiten, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte und für Demokratie einsetzen, sollten sich mit Kutlu und Sargın, deren Aktion ein Teil des Widerstandes der politischen Gefangenen in der Türkei ist, solidarisieren.

Wir hoffen, daß durch diese Aktion auch wieder an die "vergessenen politischen Gefangenen" in den türkischen Gefängnissen erinnert wird! Tausende von politischen Gefangenen sitzen immer noch in Haft ; manche von ihnen sind seit dem 12. September 1980 inhaftiert.

- > Haydar Kutlu und Nihat Sargın müssen sofort freigelassen werden!
- > Jegliches Verbot über Meinungs- und Organisationsfreiheit muß aufgehoben werden!

VORSTAND DER TÜDAY

Anschrift : Hohenzollernring 32,
5000 KÖLN 1
Telefon : 0221- 254314
Bürozeiten: Mo.- Fr. 14-19 Uhr

Bankverbindung:
Stadtparkasse Köln
7322043 (BLZ 370 501 98)

Demokratisches Türkei-Forum

An die Abgeordneten im Dt. Bundestag

- Herr G. Baum, - Frau A. Beer,
- Herr R. Bindig, - Herr Catenhusen,
- Herr F. Duve, - Frau M. Ganseforth,
- Frau Dr. H. Hamm Brücher,
- Frau C. Hensel, - Frau Hoffmann (Soltau),
- Frau D. Luuk, - Herr Dr. Pohlmeier,
- Herr Staatsminister Schäfer (AA),
- Herr O. Schreiner

Kontaktadressen:
Svea Wülfing
Merlostr. 16, 5000 Köln 1, Tel. 73 17 05
Reinhard Hocker
Rochusstr. 385, 5000 Köln 30, Tel. 59 14 99
Markus Elchert
Tel. 0228 / 67 71 39
Hanswerner Odendahl
Tel. 0221 / 38 32 64
Ingrid Yilmaz
Tel. 0201 / 68 49 45

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom Akt: Zeichen Datum 19.04.1990

aktuelle politische Situation in der Türkei - Hungerstreiks der politischen Gefangenen Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu

Sehr geehrte Damen und Herren,

die jüngsten Ereignisse in der Türkei geben erneut Anlaß zu der Befürchtung, daß dort erhebliche Eingriffe in die Grund- und Menschenrechte zu erwarten sind.

Vor einigen Tagen beschloß die Regierung der Republik Türkei weitreichende Maßnahmen, die die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Berichterstattung wieder erheblich einschränken. Außerdem wurde angekündigt, daß Angehörige der Minderheit der Kurden in andere Landesteile deportiert werden können. Zu Ihrer weiteren Information liegt ein Artikel der Frankfurter Rundschau vom 11. April 90 bei.

Die angesprochenen Maßnahmen gefährden die Bemühungen derjenigen Kräfte in der Türkei, die sich für die Herstellung normaler demokratischer Bedingungen und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Besonders aber treffen die von der türkischen Regierung beschlossenen Restriktionen die im Lande lebenden Kurden. Wir sind der Meinung, daß in der Türkei stabile demokratische Verhältnisse nur dann geschaffen werden können, wenn der kurdischen Minderheit politische und kulturelle Rechte gewährt werden.

Selbstverständlich gilt dies auch für die anderen in der Türkei lebenden Minderheiten.

Im Zusammenhang der Verweigerung von Menschenrechten steht auch der Hungerstreik der beiden politischen Gefangenen Dr. Nihat Sargin (Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, TBKP) und Haydar Kutlu (Generalsekretär dieser Partei). Die beiden in Ankara Inhaftierten, die im November 1987 freiwillig aus dem Exil in die Türkei zurückkehrten und dort in Haft genommen wurden, setzen sich mit ihrem unbefristeten Hungerstreik für die Abschaffung der Paragraphen 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches, für die Zulassung ihrer Partei, die Rechte der Kurden und ihre Entlassung aus der Haft ein.

Die genannten Paragraphen enthalten Gesinnungstatbestände. Ihre Aufhebung wird in der Türkei von internationalen Gremien und Menschenrechtsvereinigungen immer wieder gefordert. Zu Ihrer Information legen wir Übersetzungen dieser Strafrechtsbestimmungen bei, auch die Erklärung der beiden Gefangenen zu ihrem Hungerstreik.

Wir bitten Sie nachdrücklich, sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür einzusetzen,

- daß die Beschränkungen der Menschenrechte, welche die türkische Regierung in den letzten Tagen beschlossen hat, aufgehoben werden,

- daß die Unterdrückung der Kurden beendet wird und ihnen ihre kulturellen und politischen Rechte nicht länger verweigert werden,
- daß die Forderungen der beiden politischen Gefangenen Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu erfüllt werden, besonders die nach der Aufhebung der Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches.

Wir bitten Sie auch, die beiden Gefangenen im Zentralgefängnis Ankara (Merkez Kapili Cezaevi, Ankara/Türkei) zu informieren und sie zu bitten, den Hungerstreik nicht -wie angekündigt- bis zu ihrem Tod fortzusetzen.

Wir sind der Auffassung, daß Sie, als Parlamentarier des Deutschen Bundestages, zu den Interventionen, um die wir Sie bitten, berechtigt sind. Die Türkei unterhält nämlich zur Bundesrepublik vielfältige wirtschaftliche und politische Kontakte, außerdem erhält sie von der Bundesrepublik wirtschaftliche und militärische Unterstützung in großem Umfang. Zum Abschluß möchten wir das Demokratische Türkeiforum noch kurz vorstellen: Es ist eine von Parteien und sonstigen Organisationen unabhängige Vereinigung, die sich für die Menschenrechte in der Türkei einsetzt und mit der dortigen Menschenrechtsbewegung, aber auch mit Amnesty International zusammenarbeitet.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns über die Schritte, die Sie unternommen haben, informieren würden.

Mit freundlichen Grüßen

(i. A. Reinhard Hocker)

Anlagen

C.de. Id.
18.4.90

VEREINIGUNG DEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN REGIONALGRUPPE HAMBURG VDJ

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Jurists Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel. Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der UNO und der UNESCO.

VDJ c/o J.P. Hjort - Friedensallee 46-48 - 2000 Hamburg 50

Kontaktadresse:
RA Jens Peter Hjort
Friedensallee 46-48
2000 Hamburg 50
Tel.: (040) 391113

Erklärung

der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West e.V.

Die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West e.V., Regionalgruppe Hamburg, hat mir Erschütterung davon Kenntnis genommen, daß die im Zentralgefängnis in Ankara/Türkei inhaftierten Führer der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TKKP), Nihat Sargin und Haydar Kutlu, am 5.4.1990 in den unbefristeten Hungerstreik getreten sind. Nach der uns vorliegenden Erklärung soll das Todesfasten bis zur Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei durch die gesetzlichen Regelungen der §§ 141, 142 und 163 oder bis zur Entstehung eindeutiger Zeichen dafür und/oder bis zur Freilassung beider andauern.

Die VDJ hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach mit diesen Vorschriften des Türkischen Strafgesetzbuches befaßt. Wir sind zur Überzeugung gelangt, daß mit diesen Paragraphen alle Bestrebungen bekämpft werden sollen, die auf einer Erweiterung der demokratischen Rechte der Bevölkerung in der Türkei abzielen. Wir halten diese Vorschriften in ihrer tatbestandlichen Weite, die auch eine strafrechtliche Verfolgung abweichender Meinungen ermöglichen soll, für unvereinbar mit den Menschenrechten, wie sie völkerrechtlich auch für die Türkei verbindlich sind.

Nach unserem Eindruck eint der Kampf um die Aufhebung der §§ 141, 142 und 163 des Türkischen Strafgesetzbuches sowohl die politische Opposition in der Türkei wie auch die Demokratischen Bewährungen in Europa. Wir sehen daher in dem Todesfasten von Nihat Sargin und Haydar Kutlu den verzweifelten Versuch, den Kampf für eine Demokratisierung der politischen Verhältnisse in der Türkei einen entscheidenden Impuls zu geben. Gleichzeitig soll auf die unmenschlichen Auswirkungen einer auf der Basis dieser Strafrechtsbestimmungen fußenden Politik hingewiesen werden, die unter anderem auch zur nun schon 29monatigen Inhaftierung von Kutlu und Sargin geführt hat.

Wir erklären uns mit dem Ziel des Hungerstreiks von Nihat Sargin und Haydar Kutlu solidarisch und fordern die Verantwortlichen in der Türkei ebenso wie die Verantwortlichen unseres Landes auf, Bedingungen in der Türkei zu schaffen, die mit den grundlegenden Bestimmungen der Menschenrechte und der Demokratie vereinbar sind. Die Presse bitten wir, über den Hungerstreik von Kutlu und Sargin und über seine Zielrichtung zu berichten.

Hamburg, 11.4.1990

Dr. Udo Mayer
-Vorsitzender-

Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Juristes Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel. Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der UNO und der UNESCO.

An die
Pressezentrale
Einheit
Moltkestraße 45

4100 Duisburg 1

6000 Frankfurt, 20. April 1990

Betr.: Hungerstreik von Nihat Sargin u. Haydar Kutlu

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

in vorbezeichneter Angelegenheit teilen wir Ihnen mit, daß unser Kollege, Herr Rechtsanwalt Christian Rahn, Cremon 11, 2000 Hamburg 11, am 4. Mai 1990 als Prozeßbeobachter der VDJ am Prozeß gegen Kutlu und Sargin in Ankara teilnehmen wird.

Falls Sie sich mit Herrn Kollegen Rahn vor seiner Abreise in Verbindung setzen möchten, erreichen Sie ihn unter der Telefonnummer 040/37 30 99 o. 36 65 55.

Mit freundlichem Gruß


Joachim Schwammborn
Bundesvorsitzender der VDJ

Sekretariat: RA + Notar Joachim Schwammborn (Vorsitzender der Vereinigung), RAin + Notarin Dr. Ursula Bucker (stellv. Vorsitzende), RA Dr. Karl-Heinz Mölich (Bundessekretär), RA + Steuerberater Gerhard Morstadt (Bundeskassierer), RA Wolfgang Betz, Richter Winfried Kumpel, Gewerkschaftssekretärinnen Eleonora Otto, Maria Wittgen und Margrit Zepf, Prof. Dr. Norman Paech, wiss. Mitarb. Beate Schub, Prof. Dr. Gerhard Stuby, RA + Notar Helmut Tannen, RAin Irene Wollenberg

Im weiteren Vorstand: Vors. RiOLG a.D. Dr. Heinz Dix, RA + Notar Dr. h.c. Heinrich Hannover, Prof. Dr. Manfred Hinz, Rechtsref. Dieter Hummel, RiOLG Dr. Helmut Kramer, Justitiar Dr. Hans-Albert Lennartz, RAin Ursula Mende, Dr. Dr. h.c. Hans Mertens, Justitiar Dr. Henner Wolter

Pressezentrale Einheit
ben
Moltkestr. 45
4100 Duisburg 1

Liebe Freunde

Wie wir erfahren haben befinden sich in Köln zur Zeit mehrere Menschen im Hungerstreik um die Freilassung von Dr. Nihat Sargin Hydar Kutlu zu fordern.

Wir, die Grünen, Kreisverband Nürnberg möchten den Hungerstreikenden hier in der BRD unsere Solidarität mitteilen. Wir unterstützen ihre Forderung nach sofortiger Freilassung der beiden Politiker, die in türkischen Gefängnissen sitzen. Wir schließen uns mit dieser Forderung den internationalen Appellen aus der ganzen Welt an und wünschen Euch Kraft und Mut.

mit solidarischen Grüßen

Barbara Hoffmann

Barbara Hoffmann
(für den Kreisvorstand Nürnberg)

DIE GRÜNEN

Kreisverband Nürnberg
~~Karl-Bräger-Straße 32 · 8500 Nürnberg 40~~
x
Telefon 09 11 / 45 59 84 x

Geöffnet werktags
14.00 bis 18.00 Uhr

Peter Henleinstr. 21

Tel.: 0911/42 10 32



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
HANS-GÜNTHER SCHRAMM

Hans-Günther Schramm · Ebenseestraße 6 · 8500 Nürnberg 30

pressezentrale einheit

b e m

unity press centre
Moltkestr. 45
4100 Duisburg 1

Maximilianeum
8000 München 85
Telefon (089) 41 26-731

Büro:
Keblerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Telefon (09 11) 55 68 41

Ebenseestraße 6
8500 Nürnberg 30

Nürnberg, 19.04.1990

Liebe FreundInnen,

Die berechtigten Anliegen von Nihat Sargin und Haydar Kutlu sowie der Kurden fanden schon immer meine volle Unterstützung. Deshalb beteilige ich mich an der Fastenaktion vom 20.- 24.4.90 hier und hoffe mit allen Fastenden am Kölner Dom einen Beitrag für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit in der Türkei leisten zu können.

Mit friedlichen Grüßen

H.-G. Schramm

Hans-Günther Schramm

Telefon
8-81 29 14
8-81 44 49
853003-0
Telefax
8 61 92 04

Alternative Liste - Badensche Straße 29 - 1000 Berlin 31

An den
Ministerpräsidenten der Türkei
Herrn Yildirim Akbulut
Bakamliklar - Ankara

per fax 00904-2308896



Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom

Datum

10.4.90

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie wir erfahren haben, haben Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu, führende Mitglieder der Kommunistischen Partei, im Zentralgefängnis von Ankara ein Todesfasten begonnen.

Nach den uns vorliegenden Informationen wollen sie sich mit diesem Schritt für eine Achtung der Menschenrechte und für eine Demokratisierung der Türkei einsetzen.

Aus Berichten in deutschen Zeitungen geht hervor, daß Tausende politische Gefangene in den türkischen Haftanstalten einsitzen, daß eine kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der Türkei unter Strafe steht, daß Zeitungen zensiert werden, daß die kurdische Bevölkerung in der Türkei einem militärischen Terror unterliegt und jeglicher Rechte beraubt sind.

Gerade in Berlin haben die Menschen in den vergangenen Monaten erfahren, wie wichtig Demokratie, Frieden und Achtung der Menschenrechte ist.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dringend um die Freilassung aller politischen Gefangenen aus den türkischen Haftanstalten, insbesondere von N. Sargin und H. Kutlu, um die Streichung der §§ 141, 142 und 163 aus dem türkischen Strafgesetzbuch und für die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei.

Es grüßt Sie hochachtungsvoll


(Jürgen Strohmaier)

PROF. DR. IUR. NORMAN PAECH

2 HAMBURG 76
NEUBERTSTR. 244

Kopie aus Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen
N. Paech.

An
Herrn Bundespräsidenten
Richard v. Weizsäcker
Bundespräsidialamt
53 Bonn

12. April 1990

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

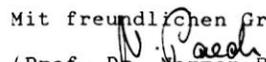
am 6. April haben der Vorsitzende und der Generalsekretär der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei Nihat Sargin und Haydar Kutlu angekündigt, daß sie in einen unbefristeten Hungerstreik eintreten - ein Todesfasten, wie sie es nennen. Beide Politiker sind seit 29 Monaten in Haft und müssen sich wegen ihrer politischen Überzeugungen ohne sichtbaren Fortschritte vor Gericht verantworten.

Sowohl die Anklage nach den §§ 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches wie auch die gesamten Umstände dieses Verfahrens spotten jeglichen rechtsstaatlichen und demokratischen Anforderungen. Vor einem Jahr hatte ich die Gelegenheit, an einer Verhandlung teilzunehmen und mich davon zu überzeugen, daß es sich um eine justizpolitische Farce mit außerordentlich schwerwiegenden Folgen für die beiden Gefangenen und die demokratischen Ansätze in der Türkei handelt. Dies alles dürfte durch die Berichterstattung der Medien auch in der Bundesrepublik allgemein bekannt sein.

Wenn ich mich an Sie wende, so deshalb, weil der Hungerstreik als ein verzweifelttes Mittel darauf aufmerksam machen will, daß alle Versuche der jüngsten Zeit, eine demokratische Entwicklung in der Türkei herbeizuführen, zum Scheitern verurteilt gewesen sind. Ich bitte Sie, Ihr Ansehen und Einfluß in der Öffentlichkeit geltend zu machen, um den Druck auf die türkische Regierung zu erhöhen, sich der überfälligen Demokratisierung nicht länger entgegenzustellen.

Gerade angesichts der Entwicklungen in Osteuropa sollte die strafrechtliche Verfolgung von Kommunisten und Oppositionellen in den Staaten der NATO und EG aus dem Repertoire der staatliche Politik endgültig entfernt werden. Diese sollte sich vielmehr an den Aufruf der beiden Inhaftierten halten, "mit einer neuen Herangehensweise den Gedanken zu stärken, daß die Lösungen der Probleme nur auf der Basis des Dialogs und der Toleranz gefunden und die Probleme nur durch friedliche und demokratische Wege gelöst werden können".

Mit freundlichen Grüßen


(Prof. Dr. Norman Paech)

15. 9. 90
92101



**amnesty
international**

INTERNATIONAL SECRETARIAT
1 Easton Street London WC1X 8DJ
United Kingdom

**URGENT
ACTION**

EXTERNAL (for general distribution)

AI Index: EUR 44/67/90
Distr: UA/SC

UA 140/90

Hunger-strike

10 April 1990

TURKEY: Dr Nihat SARGIN
Nabi YAGCI, known under party name of Haydar Kutlu

Prisoners of conscience Dr Nihat Sargin and Nabi Yağci, imprisoned since November 1987, went on hunger-strike on 6 April 1990 in protest at Ankara State Security Court's decision to reject the latest application to release them. There have now been 31 unsuccessful applications for their release. Dr Nihat Sargin, aged 64, and Nabi Yağci, aged 46, leaders of the United Turkish Communist Party (TBKP), stated:

"Our fast to death will continue without a break until we are released; or until the provisions under Articles 141, 142 and 163 of the Turkish Penal Code and restrictions on the right to form a communist party are lifted, or until there are clear signs that such changes are envisaged."

BACKGROUND INFORMATION

Dr Nihat Sargin was the Secretary General of the banned Turkish Workers' Party (TIP), and Nabi Yağci was the Secretary General of the illegal Turkish Communist Party (TKP). In October 1987 both parties merged in exile to form the TBKP. None of these parties supported a policy of violence and people imprisoned on charges of membership are considered by Amnesty International to be prisoners of conscience. In November 1987 Dr Nihat Sargin and Nabi Yağci returned to Turkey, where they have been imprisoned and have been on trial ever since.

They are mainly charged under Article 141 which proscribes leadership and membership of organizations "trying to establish the domination of one social class over the others", and under Article 142 which proscribes "making communist and separatist propaganda". Most prisoners of conscience have been charged and convicted under these provisions. Some have been charged and convicted under Article 163 prohibiting "leadership and membership of anti-secular organizations" and/or "making anti-secular propaganda".

RECOMMENDED ACTION: Telexes/faxes/express and airmail letters:

- expressing concern about the health of both prisoners, and urging that they are given all medical care they may require, in particular in view of the age of Dr Sargin;
- appealing for the immediate and unconditional release of Dr Nihat Sargin and Nabi Yağci as prisoners of conscience, and that the charges against them be dropped;
- recommending to amend Articles 141, 142 and 163 of the Turkish Penal Code, and until this is done, to prevent the application of these provisions which allow the imprisonment of prisoners of conscience.

Telephone: 01-833 1771 Fax: 01-956 1157 Telegrams: Amnesty London WC1 Telex: 26502

Amnesty International is an independent worldwide movement working for the international protection of human rights. It seeks the release of men and women detained anywhere because of their beliefs, colour, sex, ethnic origin, language or religious creed, provided they have not used or advocated violence. These are termed prisoners of conscience. It works for fair and prompt trials for all political prisoners and works on behalf of such people detained without charge or trial. It opposes the death penalty and torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment of all prisoners.

APPEALS TO:

Prime Minister Yildirim Akbulut
Office of the Prime Minister
Basbakanlik
Ankara, Turkey

Telexes: 44061/44062/44063 BBMT TR, 42099 BASB TR or 42875 BBK TR
Faxes: +90 41 17 04 76 or +90 41 30 88 96 (attn. Prime Minister)

Minister of Justice
Mahmut Oltan Sungurlu
Adalet Bakanligi
06659 Ankara, Turkey

COPIES TO: diplomatic representatives of Turkey in your country.

PLEASE SEND APPEALS IMMEDIATELY. Check with the International Secretariat, or your section office, if sending appeals after 23 May 1990.

— Please take action as soon as you receive this Urgent Action appeal. Carefully read the recommended action. If possible, send a telegram or express letter immediately to one or more of the addresses given. Other letters can be sent afterwards.

— Telegrams and letters should be brief and courteous. Stress that your concern for human rights is not in any way politically partisan. Refer to relevant provisions in international law, such as the United Nations Universal Declaration of Human Rights:

Article 3 — "Everyone has the right to life, liberty and security of person."

Article 5 — "No one shall be subjected to torture or to cruel, inhuman or degrading treatment or punishment."

Article 9 — "No one shall be subjected to arbitrary arrest, detention or exile."

— The name of Amnesty International may be used, although letters written in a private or personal capacity may be more effective.

— Copies of appeals should be sent to relevant diplomatic representatives in your country.

— In Urgent Action cases, Amnesty International has to act rapidly to prevent the ill-treatment of prisoners. An appeal is issued when Amnesty International believes it has received reliable and accurate information in such cases. It is not always possible to verify all details independently and in some instances the situation outlined in the appeal may change. Urgent Action participants are always notified of any significant new facts.

— Copies of any replies received from government authorities should be sent immediately to your section's Urgent Action coordinator or direct to the Campaign and Membership Department of the International Secretariat. If appropriate, thank the official who has replied and ask to be kept informed about the case.